

Niels P. Petersson

**Imperialismus
und Modernisierung**

Studien zur Internationalen Geschichte

Herausgegeben von Wilfried Loth
und Anselm Doering-Manteuffel,
Jost Dülffer und Jürgen Osterhammel

Band 11

Niels P. Petersson

Imperialismus und Modernisierung

Siam, China und die europäischen Mächte
1895-1914

R. Oldenbourg Verlag München 2000

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Die Deutsche Bibliothek - CIP Einheitsaufnahme

Petersson, Niels P.:

Imperialismus und Modernisierung : Siam, China und die europäischen
Mächte 1895 – 1914 / Niels P. Petersson. – München : Oldenbourg, 2000
(Studien zur internationalen Geschichte ; Bd. 11)

Zugl.: Hagen, Fernuniv., Diss., 1999

ISBN 3-486-56506-0

© 2000 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagbild: Graf Rantzau, Bismarcks Schwiegersohn, empfängt König Chulalongkorn aus Siam am Bahnhof; Foto: Hans Breuer. Archiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Gesamtherstellung: WB-Druck, Rieden am Forggensee

ISBN 3-486-56506-0

Inhalt

Vorwort.....	11
Einleitung	13
1. Ansatz, Begriffe und Methoden	13
2. Asienpolitik und Asienbilder bis 1895.....	23
a) China	24
b) Siam.....	28
Kapitel I	
China 1895-1900: Chinapolitik im Zeichen der Jagd nach Konzessionen.....	35
1. Reformbestrebungen in China, 1895-1900.....	35
2. Hoffnung auf einen Neuanfang: die Europäer und die wirtschaftliche Modernisierung Chinas, 1895-97.....	39
a) Frankreich und die industrielle Modernisierung Chinas	40
b) Deutschland: Modernisierung und Machtpolitik.....	47
c) Großbritannien: Modernisierung und Handel.....	50
d) Eisenbahn- und Anleiheprojekte im Jahre 1897.....	55
e) 1895-97 als Übergangsperiode	59
3. 1898: Das Jahr der Schlacht um die Konzessionen.....	61
a) Die dritte Entschädigungsanleihe und britische Pläne zur Finanzreform	61
b) Die „Schlacht um Konzessionen“.....	64
4. Die Europäer und der politische Wandel in China, 1895-1898.....	67
a) Die Reformbewegung von 1895/96	67
b) Die europäischen Mächte und die Reformen der Hundert Tage.....	70
5. Die Suche nach einem neuen Gleichgewicht und Reaktion in China, 1898-1900.....	74
a) Die Diskussion in Großbritannien: Yangzi-Protectorat oder offene Tür?.....	74
b) Die Einflußsphärendiskussion in Frankreich.....	78
c) Die Abkehr Deutschlands von der Einflußsphärenpolitik	81
d) Die Mächte und die Erschließung Chinas, 1899-1900	82
e) Fazit.....	88

Kapitel II

Siam 1895-1900: „A New Lease of Life“ 91

1. Die internationale Stellung und innere Entwicklung Siams, 1895-1900 91
 - a) Die Neugestaltung der diplomatischen Rahmenbedingungen 91
 - b) Neuanfang in Siams Reformpolitik, 1895-1900..... 95
2. Die britische Siampolitik: Einfluß durch Selbstbeschränkung 100
3. Die deutsche Siampolitik: „neutrale Haltung“ und „Förderung des Handels “ 109
4. Die französische Siampolitik: „la lutte d'influence contre le gouvernement de Bangkok“ 113
5. Zusammenfassung 120

Kapitel III

Lebende und sterbende Nationen: Asienbilder und Asienpolitik vor der Jahrhundertwende 123

1. Perzeptionen..... 123
 - a) China: Modernisierung durch Unterwerfung? 123
 - b) Siam: Modernisierung durch Anpassung? 132
2. Praktiken 136
 - a) Theorie und Praxis der „mission civilisatrice“ am Beispiel Frankreichs..... 136
 - b) Modernisierung – Kollaboration mit dem Imperialismus? 142
3. Europa und Asien..... 147

Kapitel IV

China 1900-1905: Eine Übergangsperiode 157

1. China 1900-1905: Von der Boxerbewegung zur Politik der Reformen von oben 157
 - a) Die militärische Niederlage als Gelegenheit zum Neuanfang? ... 158
 - b) Reformen von oben und Wandel von unten 160
2. Gelegenheit zu einem chinapolitischen Neuanfang?..... 163
 - a) Die Politik der Mächte während des Boxeraufstandes..... 163
 - b) Boxerentschädigung und Friedensvertrag 167
 - c) Der britisch-chinesische Handelsvertrag von 1902 170
3. Die Europäer und die Modernisierungspolitik in China, 1901-1905 176
 - a) Die drei Mächte und die Anfänge der Qing-Reformen 176
 - b) Protektionismus, „rights recovery“ und wirtschaftliche Reformen: chinesische Modernisierung und europäische Interessen 181

c) Reform von oben und Wandel von unten	184
4. Die Chinainteressen der Mächte: Schulen, Einflußsphären, Eisenbahnen	188
a) Frankreich	189
b) Deutschland	191
c) Großbritannien	194
d) Schluß	198

Kapitel V

China 1905-1911: Neuanfang in der Chinapolitik	201
1. Die innere Entwicklung Chinas und das internationale Umfeld, 1905-1911	201
a) „Chinas Erwachen“, Reform und Revolution	201
b) Das internationale Umfeld: Rückwendung nach Europa und Kooperation der Mächte	208
2. Europäische Reaktionen auf die Zäsur von 1905	210
a) „Ein friedlicher und ehrenvoller Ausweg“: Neuanfang in der deutschen Chinapolitik?	211
b) Die britische Chinapolitik: „to some extent a new departure“	213
c) „Ne jamais changer d'idée“: die französische Chinapolitik	217
3. Die drei Mächte und die wirtschaftliche Modernisierung Chinas, 1906-1909	220
a) „Rights recovery“ und Bahnbau in chinesischer Regie	220
b) Die „new departure“ in der Praxis: europäische Eisenbahnpolitik in China, 1906-1909	222
c) Die Huguang-Bahnen: liberalimperialistische Entwicklungspolitik, kooperativer Finanzimperialismus und zentralistische Modernisierungspolitik	229
d) Der kooperative Finanzimperialismus als französische, deutsche und britische Chinastrategie	233
e) Fazit	240
4. Modernisierung, Zentralismus und Konstitutionalismus – die Mächte und Chinas Innenpolitik zwischen Reform und Revolution	242
a) Die Ausweitung politischer Partizipation	243
b) Regierung und Verwaltung	248
c) Halbierete Modernisierung	255
5. Der Sprung ins Dunkle: politische und wirtschaftliche Modernisierung im Konflikt	255
a) Innere Konflikte in China	256
b) Die Zuspitzung der Konflikte über die Modernisierung Chinas	257
c) Zusammenfassung	265

Exkurs: Der Kampf gegen das Opium – soziale Modernisierung und imperialistische Privilegien	268
Kapitel VI	
Siam 1900-1910: Stabilisierung informeller Herrschaft durch Moderni- sierung	277
1. Siam 1900-1910: Das Goldene Zeitalter des aufgeklärten Abso- lutismus	277
2. Frankreich und Siam: der Preis der guten Nachbarschaft.....	282
a) „Nous avons tout à perdre en maintenant le statu quo“: Die französische Siampolitik in Zugzwang.....	283
b) Die Umorientierung in der französischen Siampolitik zwi- schen „politique générale“ und „politique asiatique“	286
c) Die endgültige Regelung des französisch-siamesischen Ver- hältnisses.....	290
3. Großbritannien und Siam: Das Ende der Idylle	297
a) Britisch-siamesische Spannungen um die Jahrhundertwende	297
b) Neubestimmung der britischen Siampolitik?	302
c) Britisch-siamesische Beziehungen bis 1909	305
d) Ein komplexes Tauschgeschäft: Imperialismus und Moder- nisierung im britisch-siamesischen Vertrag von 1909	311
4. Ausgekreist? Das Deutsche Reich in Siam 1900-1910.....	317
a) Das Deutsche Reich als lachender Dritter?	317
b) Begrenzte Optionen.....	322
5. Schluß	328
a) Siam im Jahre 1910	328
b) Die drei Mächte und die Modernisierung Siams, 1900-1910	333
Kapitel VII	
„To some extent a new departure“: Asienbilder und Asienpolitik 1900- 1910/11	337
1. Perzeptionen.....	337
a) China: Widerstand statt Modernisierung?	337
b) Siam: Modernisierung durch Anpassung?	344
2. Praktiken	348
a) Liberaler Imperialismus.....	349
b) Modernisierung und (liberaler) Imperialismus in China.....	350
c) Modernisierungspolitik und informelle Herrschaft in Siam	357
d) Fazit.....	361
3. Europa und Asien: Selbst- und Fremdbilder in der politischen Praxis	363
a) Orientierungsprobleme	364

b) Europäische und asiatische Interessen.....	366
c) Fazit.....	375

Kapitel VIII

Siam und China 1911-1914: Die Grenzen des Fortschritts	377
--	-----

A. China.....	377
1. China 1911-14: Revolution ohne Neuanfang.....	377
2. Revolution und Reorganisation	381
a) Neutralität und Interessensicherung während der Revolution....	382
b) Reorganisation oder Stabilisierung?.....	386
3. Diktatur und Konkurrenz statt Stabilisierung und Kooperation	395
a) Die Mächte und das Scheitern der politischen und finanziel-	
len Stabilisierung Chinas	395
b) Europäische Wirtschaftsinteressen im „neuen China“	403
B. Siam	408
1. Siam 1910-14 – Die Grenzen des Fortschritts?	408
2. Die Modernisierung Siams aus europäischer Sicht, 1910-14	413
a) Die Europäer und die Probleme der politischen Modernisie-	
rung Siams, 1911-14.....	413
b) Die Europäer und die Probleme der sozioökonomischen	
Modernisierung Siams	419
c) Die Krise der Modernisierung Siams und die europäischen	
Interessen	424
C. Zusammenfassung.....	429

Schluß

Zusammenfassung und Ausblick	435
------------------------------------	-----

1. Zusammenfassung: Imperialismus und Modernisierung in Siam	
und China, 1895-1914.....	435
a) 1895-1900	436
b) 1900-1910/11	438
c) 1910/11-1914	442
d) Fazit.....	443
2. Ausblick.....	445
a) Anpassung und Widerstand als Dimensionen nachholender	
Modernisierung.....	446
b) Modernisierung und Herrschaft in europäischen Asienkon-	
zepten.....	448

Anhang.....	453
1. Abkürzungen.....	453
2. Konventionen	454
3. Karten.....	455
4. Quellen und Literatur.....	459
5. Register	483

Vorwort

Die mit Globalisierung, Modernisierung oder Verwestlichung bezeichneten Prozesse sind nicht allein Phänomene der Gegenwart. Auch sie haben ihre Geschichte, die sich zu kennen lohnt, wenn man sich mit der Gegenwartsbedeutung dieser Entwicklungen auseinandersetzen will. Besonders wichtig waren in dieser Hinsicht die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg. In der vorliegenden Studie wird versucht, im Sinne einer Geschichte von Konzepten und ihrer Anwendung zu untersuchen, wie sich europäische Diplomaten und Außenpolitiker um die Jahrhundertwende die Beziehungen Europas zu Asien vorgestellt und wie sie auf dieser Grundlage konkrete Probleme behandelt haben.

Die Arbeit wurde 1999 vom Fachbereich Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaften der FernUniversität-Gesamthochschule in Hagen als Dissertation angenommen. Wie jede größere wissenschaftliche Arbeit verdankt sie ihr Entstehen nicht nur den Bemühungen des Verfassers, sondern auch der Unterstützung und Anteilnahme, dem Rat und der Kritik, der Toleranz und der Langmut wissenschaftlich Interessierter und persönlich Betroffener. Die Liste derjenigen Personen, denen der Verfasser Dank für wissenschaftliche und persönliche Unterstützung schuldet, ist nicht lang; um so intensiver ist in jedem einzelnen Falle das Bedürfnis, diesen Dank zum Ausdruck zu bringen. Für wissenschaftlichen Rat, für das Aufzeigen vielfältiger neuer Perspektiven und für die engagierte Betreuung meiner Arbeit danke ich vor allem Professor Jürgen Osterhammel (Konstanz). Für Anregungen und konstruktive Kritik in kritischen Phasen bin ich Professor Anselm Doering-Manteuffel (Tübingen) zu besonderem Dank verpflichtet. Professor Peter Brandt (Hagen) hat dankenswerter Weise das Zweitgutachten übernommen und darin wertvolle Hinweise zur Überarbeitung gegeben. Danken möchte ich auch den Herausgebern der Reihe „Studien zur Internationalen Geschichte“ dafür, daß sie meine Arbeit in ihre Reihe aufgenommen haben.

Die vorliegende Studie wurde durch ein Graduiertenstipendium des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert; das Deutsche Historische Institut in London gewährte mir ein Auslandsstipendium, das mir ausführliche Recherchen im Londoner Public Record Office gestattete. Die Kolloquien des DHI und des Historischen Instituts der Fernuniversität Hagen waren Orte der Anregung, des Kontakts und des Austauschs. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft ermöglichte durch eine Druckbeihilfe das Erscheinen der Arbeit in dieser Reihe. Frau Cordula Hubert vom Oldenbourg-Verlag danke ich für die begleitende Beratung bei der Erstellung des Manuskripts.

Auf den Rückhalt und das Vertrauen meiner Eltern und ihre interessierte Anteilnahme an meinem Werdegang habe ich mich stets verlassen können. Meine Frau Gerlind Niemer hat über Jahre ihr tägliches Leben mit dieser Arbeit teilen müssen und durch liebevolle Unterstützung ebenso wie durch kritische Anmerkungen zu ihrem Entstehen und zu ihrer Verbesserung beigetragen. Ihr ist daher dieses Buch gewidmet.

Konstanz, im April 2000

Niels P. Petersson

Einleitung

Die Niederlage Chinas im Krieg gegen Japan im Jahre 1895 markiert einen tiefen Einschnitt in der Geschichte des Fernen Ostens und der internationalen Beziehungen im „Zeitalter des Imperialismus“. Mit der „Tripel-Intervention“ Frankreichs, Rußlands und des Deutschen Reiches, die aus Sorge um ihre künftigen Chancen in Asien Japan zur Herausgabe eines Teils seiner Beute zwangen, erfaßte der Hochimperialismus den Fernen Osten. Das Zeitalter des Freihandelsimperialismus unter britischer Vorherrschaft ging damit zu Ende; an seine Stelle trat eine zuweilen erbitterte Konkurrenz um die Erschließung der Ressourcen und Märkte der noch unabhängigen Staaten Asiens, die den territorialen und politischen *status quo* überall in Ostasien in Frage stellte. Angesichts der Schwäche der noch unabhängigen Staaten der Region – d.h. vor allem Siams und Chinas –, die zu imperialistischer Expansionspolitik geradezu einlud, und der verschärften Konkurrenz unter den Mächten rückten Modernisierungsfragen ins Zentrum der wirtschaftlichen und politischen Asienkonzeptionen der europäischen Mächte ebenso wie der Abwehr- und Emanzipationsbemühungen asiatischer Staaten. Imperialismus und Modernisierung waren also Schlüsselbegriffe der 1895 aufgeworfenen „fernöstlichen Frage“, d.h. der durch die Schwäche der Staaten Asiens und die verschärfte Konkurrenz der europäischen Großmächte um Macht und Gewinn ausgelösten Destabilisierung der territorialen, politischen und auch innergesellschaftlichen Verhältnisse in Ostasien.

In der vorliegenden Arbeit soll untersucht werden, welche Politik die drei Mächte Großbritannien, Frankreich und das Deutsche Reich gegenüber Modernisierungsfragen in Siam und China verfolgten. Dabei sollen alltägliche Auseinandersetzungen mit konkreten Modernisierungsvorhaben und -problemen ebenso berücksichtigt werden wie die allgemeinen Konzepte und Wahrnehmungsmuster, derer sich Außenpolitiker und diplomatische Vertreter der drei Mächte bedienten. Dahinter steht die Frage nach Beziehung und Wechselverhältnis von Imperialismus, Kapitalismus und Modernisierung, die über die konkrete Situation vor dem Ersten Weltkrieg hinaus von Bedeutung für die westliche Auseinandersetzung mit den Modernisierungsproblemen der nichtwestlichen Welt ist.

1. Ansatz, Begriffe und Methoden

Im Zentrum dieser Arbeit soll die Untersuchung der offiziellen Siam- und China-politik Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands anhand der Akten aus den Außenministerien und Gesandtschaften der drei Mächte stehen. Die machtpolitische Aufladung aller wesentlichen Fragen war das Kennzeichen der nach

1895 radikal gewandelten Situation in Ostasien;¹ die europäischen Kanzleien und diplomatischen Vertretungen wurden damit zwar nicht zu den einzigen Akteuren, aber doch zu den *interlocuteurs obligés* aller Akteure auf der ostasiatischen Bühne. Europäische Wirtschaftsinteressen kamen nicht mehr umhin, sich diplomatischen Rückhalts zu versichern, was zuweilen ein enges Verhältnis wechselseitiger Abhängigkeit zwischen Wirtschaft und Diplomatie begründete.² Asiatische Regierungen sahen sich den Zudringlichkeiten europäischer Diplomaten ausgesetzt, die eifersüchtig darüber wachten, daß keiner anderen Macht Vorteile zufielen, die Einfluß oder Gewinn versprachen. Und je stärker wirtschaftspolitische Expansionsmotive betont, je mehr wirtschaftliche Mittel für machtpolitische Ziele instrumentalisiert wurden, desto weniger konnten selbst auf die klassische hohe Politik fixierte Diplomaten und Außenpolitiker Modernisierungsfragen bei ihren Kalkulationen außer Acht lassen. Außenpolitik und Diplomatie waren zwar nicht immer Antrieb imperialer Expansion, aber nun ihr notwendiges Instrument.³

Die doppelt vergleichende Vorgehensweise – Deutschland, Frankreich, Großbritannien auf der einen, Siam und China auf der anderen Seite – soll der nationalgeschichtlichen Verengung vorbeugen, die einen Teil der imperialismusgeschichtlichen und vor allem -theoretischen Diskussion kennzeichnet, und gleichzeitig den Einfluß peripherer Rahmenbedingungen auf die Umsetzung imperialer Strategien bestimmen helfen.⁴ Eine vergleichende imperialismusgeschichtliche Arbeit kann auf die Berücksichtigung Großbritanniens, das nicht nur die wichtigste Kolonialmacht, sondern auch das Mutterland des Freihandelsimperialismus und der größte Kapitalexporteur in unabhängige Staaten war, nicht

¹ Klaus Hildebrand, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871-1945*, Stuttgart 1995, S. 149 f.; Jürgen Osterhammel, *China und die Weltgesellschaft. Vom 18. Jahrhundert bis in unsere Zeit*, München 1989, S. 203 ff.

² Besonders ausgeprägt war ein solches Verhältnis zwischen der britischen Hongkong & Shanghai Banking Corporation und dem Londoner Foreign Office: E.W. Edwards, *British Diplomacy and Finance in China, 1895-1914*, Oxford 1987, S. 196 ff.; Frank H.H. King, *The History of the Hongkong and Shanghai Banking Corporation*, Bd. 2: *The Hongkong Bank in the Period of Imperialism and War, 1895-1918: Wayfoong, the Focus of Wealth*, Cambridge/New York/Melbourne 1988, S. 247 f. In Fällen, in denen sich ihre Ziele nicht oder nur partiell mit denen der offiziellen Politik deckten, genossen europäische Wirtschaftsinteressen allerdings oft nur begrenzt oder gar nur *pro forma* die Unterstützung diplomatischer Vertreter.

³ Andrew Porter, *European Imperialism, 1860-1914*, London 1994, S. 17.

⁴ Zahlreiche imperialismustheoretische Ansätze berücksichtigen fast ausschließlich das britische Beispiel (s.z.B. die Beiträge in Roger Wm. Louis (Hg.), *Imperialism: The Robinson and Gallagher Controversy*, New York/London 1976 und den größten Teil der von Mommsen, *Imperialismustheorien*, Göttingen ³1987 vorgestellten Ansätze. Auch noch Peter J. Cain/A.G. Hopkins, *British Imperialism*, Bd. 2: *Crisis and Deconstruction, 1914-1990*, London/New York 1993 S. 314 f. gestehen dies ein). Überdies ist mit der Hinwendung zur Erforschung der metropoliten Triebkräfte und peripheren Rahmenbedingungen der europäischen Imperialismen die Einsicht der älteren Diplomatiegeschichte etwas verlorengegangen, daß Imperialismus an der Peripherie in der Spannung von Konkurrenz und Kooperation verschiedener europäischer Mächte ausgetragen wurde (s.z.B. William L. Langer, *The Diplomacy of Imperialism, 1890-1902*, 2 Bde., London/New York 1935; A.J.P. Taylor, *The Struggle for Mastery in Europe, 1848-1918*, Oxford 1954).

verzichteten.⁵ Als Vergleichsobjekt bot sich neben Frankreich⁶, das in seiner Wirtschafts- und Kolonialpolitik häufig und nicht immer zu Unrecht zum direkten Gegenbild Großbritanniens stilisiert worden ist, das Deutsche Reich⁷ an. Dieses betrieb um die Jahrhundertwende eine zwischen Machtpolitik und Wirtschaftsexpansion oszillierende Asienpolitik, bevor es in Asien (anders als in Europa) zum Ausgleich, teilweise zur Kooperation mit den beiden anderen Mächten fand. Als „Handlungsumfeld“ europäischer Imperialismen soll neben China⁸ mit Siam

⁵ Neben Peter J. Cain/Anthony G. Hopkins, *British Imperialism*, Bd. 1: *Innovation and Expansion, 1688-1914*, London/New York 1993 s.a.: Peter J. Cain, *Economic Foundations of British Overseas Expansion 1815-1914*, London 1980; Philip L. Cottrell, *British Overseas Investment in the Nineteenth Century*, London 1975; R.T.P. Davenport-Hines/Geoffrey Jones (Hg.), *British Business in Asia since 1870*, Cambridge 1989; Lance E. Davis/Robert A. Huttenback, *Mammon and the Pursuit of Empire: The Political Economy of British Imperialism, 1860-1912*, Cambridge 1986; Ronald Hyam, *Britain's Imperial Century 1815-1915: A Study of Empire and Expansion*, London 21993; D.C.M. Platt, *Finance, Trade and Politics in British Foreign Policy 1815-1914*, Oxford 1968; ders., *Britain's Investment Overseas on the Eve of the First World War*, London 1986; zusammenfassend auch *The Oxford History of the British Empire*, hg.v. Wm. Roger Louis, Oxford 1999, Bd. 5: *Historiography*, hg. v. Robin W. Winks (v.a. Nicholas Tarling, *The British Empire in South-East Asia*, S. 403-415 und C.M. Turnbull, *Formal and Informal Empire in East Asia*, S. 379-402).

⁶ Neben Dieter Brötel, *Frankreich im Fernen Osten. Imperialistische Expansion in Siam und Malaya, Laos und China, 1880-1904*, Stuttgart 1996 s.a.: Christopher M. Andrew, *Théophile Delcassé and the Making of the Entente Cordiale. A Reappraisal of French Foreign Policy (1898-1905)*, London 1968; Jean Bouvier/René Girault (Hg.), *L'Impérialisme français d'avant 1914*, Paris 1976; Pierre Guillen, *L'Expansion (1881-1898)*, Paris 1985; Robert S. Lee, *France and the Exploitation of China, 1885-1901: A Study in Economic Imperialism*, Hongkong/Oxford/New York 1989; Gilbert Zieburg, *Interne Faktoren des französischen Hochimperialismus*, in: Wolfgang J. Mommsen (Hg.), *Der moderne Imperialismus*, Stuttgart 1971, S. 85-139.

⁷ Neben Hildebrandt, *Reich*, s.a.: Boris Barth, *Die deutsche Hochfinanz und die Imperialismen. Banken und Außenpolitik vor 1914*, Stuttgart 1995; Volker R. Berghahn, *Sarajewo, 28. Juli 1914. Der Untergang des alten Europa*, München 1997 (in europäischer Perspektive); Konrad Canis, *Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik 1890 bis 1902*, Berlin 1997; Wolfgang J. Mommsen, *Großmachtstellung und Weltpolitik. Die Außenpolitik des Deutschen Reiches 1870-1914*, Frankfurt a.M. 1993; Udo Ratenhof, *Die Chinapolitik des Deutschen Reiches von 1871 bis 1945. Chinas Erneuerung, Großmachtivalitäten in Ostasien und deutsches Weltmachtstreben*, Boppardt 1987; Werner Stügl, *Der Ferne Osten in der deutschen Politik vor dem Ersten Weltkrieg (1902-1914)*, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1978.

⁸ Neben den Bänden 10-13 der *Cambridge History of China* (fortan CHC) s.a.: S.A.M. Adsehead, *China in World History*, Basingstoke 21995; Marie-Claire Bergère/Lucien Bianco/Jürgen Domes (Hg.), *La Chine au XX^e siècle*, 2 Bde., Paris 1989/90; Jerome Ch'en, *China and the West: Society and Culture, 1815-1937*, London 1979; John K. Fairbank/Edwin O. Reischauer, *China: Tradition and Transformation*, Boston 1989; Immanuel C. Hsü, *The Rise of Modern China*, Oxford/New York 21990; Jacques Gernet, *Die chinesische Welt*, Frankfurt a.M. 1979; Eric L. Jones, *Das Wunder Europa: Umwelt, Wirtschaft und Geopolitik in der Geschichte Europas und Asiens*, Tübingen 1991; Jürgen Osterhammel, *China*; ders., *Shanghai, 30. Mai 1925. Die chinesische Revolution*, München 1997; Gilbert Rozman (Hg.), *The Modernization of China*, New York/London 1981; John E. Schrecker, *The Chinese Revolution in Historical Perspective*, New

(heute Thailand)⁹ ein Staat Berücksichtigung finden, der im selben geographischen Raum liegt wie dieses und einer ähnlichen Ausprägung informeller Herrschaft unterworfen war, gleichzeitig aber aufgrund unterschiedlicher kultureller, sozialer und politischer Rahmenbedingungen eine gänzlich andere Haltung zu den europäischen Mächten und zu Modernisierungsfragen einnahm.

Die Frage nach der Auseinandersetzung europäischer Diplomaten und Außenpolitiker mit Modernisierungsfragen in Asien ist die Frage nach einem Teilaspekt des informellen europäischen Imperialismus an der Peripherie. Von einer trotz des Fehlens formeller Kolonialherrschaft imperialistischen Beziehung läßt sich nach W.J. Mommsen sprechen, wenn neben einem offensichtlichen Machtgefälle

„erstens ein erhebliches Ungleichgewicht des ökonomischen Potentials zwischen Metropole und Peripherie bestand und zweitens politische Randbedingungen vorhanden waren, die die Nutzung ökonomischer Chancen in dem betreffenden Land zu ungleich günstigeren Konditionen ermöglichten, als sie auf dem Weltmarkt bei formal gleichen Chancen vorhanden gewesen wären.“

Imperialismus in diesem Sinne entsteht also durch aggressives staatliches Handeln. Die Einbeziehung peripherer Staaten in kapitalistische Zusammenhänge von Produktion und Austausch soll daher nur dann als Imperialismus angesehen werden, wenn sie mit politischem Druck und formellen, einseitigen Souveränitätseinschränkungen verknüpft war.¹⁰ Siam und China sind, auch wenn sie niemals europäischer Kolonialherrschaft unterworfen waren, als Objekte imperialistischer Expansion anzusehen, weil beide Staaten nicht nur politisch und wirtschaftlich den europäischen Mächten eindeutig unterlegen waren, sondern überdies in vielfältiger Hinsicht Souveränitätsrechte und die Möglichkeit zur Nutzung wirtschaftlicher Chancen hatten abtreten müssen. Das System ausländischer

York 1991; Jonathan D. Spence, *Das Tor des himmlischen Friedens. Die Chinesen und ihre Revolution, 1895-1980*, München 1985; ders., *The Search for Modern China*, London 1990.

⁹ Neben Bd. 2 der *Cambridge History of Southeast Asia* (fortan CHSEA) s.a.: Benedict Anderson, *Studies of the Thai State: The State of Thai Studies*, in: Eliezer B. Ayal (Hg.) *The Study of Thailand: Analyses of Knowledge, Approaches, and Prospects in Anthropology, Art History, Economics, History, and Political Science*, Athens, Ohio 1978, S. 193-247; Fred W. Riggs, *Thailand: The Modernization of a Bureaucratic Polity*, Honolulu 1967; William J. Siffin, *The Thai Bureaucracy: Institutional Change and Development*, Honolulu 1966; Barend J. Terwiel, *A History of Modern Thailand, 1767-1942*, St. Lucia 1983; Thongchai Winichakul, *Siam Mapped: A History of the Geo-Body of a Nation*, Honolulu 1994; David K. Wyatt, *Thailand: A Short History*, New Haven 1984. Zu knapp: Helmut Fessen/Hans-Dieter Kubitschek, *Geschichte Thailands*, Münster 1994.

¹⁰ Wolfgang J. Mommsen, *Europäischer Finanzimperialismus vor 1914. Ein Beitrag zu einer pluralistischen Theorie des Imperialismus*, in: ders., *Der europäische Imperialismus*, S. 85-148, 88 f. (Zitat). S.a. Norman Etherington, *Theories of Imperialism: War, Conquest and Capital*, London 1984, S. 163, 278; Cain/Hopkins, *British Imperialism*, S. 42-44; Jürgen Osterhammel, *Britain and China, 1842-1914*, in: *Oxford History of the British Empire*, Bd. 3: *The Nineteenth Century*, hg. v. Andrew Porter, S. 146-169, hier 148 f.. Zur Geschichte des Begriffs und seiner Verwendung s. Etherington, *Theories*; Mommsen, *Imperialismstheorien*; Jürgen Osterhammel, *Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen*, München 1995, S. 19-28; Wolfgang Reinhard, *Von der Geschichtstheorie zur Theoriegeschichte: Eine Einführung*, in: *Periplus* 5 (1995), S. 72-84.

Privilegien, Eingriffsrechte und Einrichtungen in Siam und China eröffnete den Europäern zwar in der Praxis weniger Handlungsmöglichkeiten, als es auf den ersten Blick scheinen mochte, kennzeichnet die Lage aber eindeutig als eine imperialistische.¹¹ Schließlich stand im Hintergrund stets die Möglichkeit fein abgestufter militärischer Gewaltanwendung¹² – von der lokalen Intervention europäischer Kanonenboote bis hin zur multinationalen Militärinvasion, wie sie China wiederholt erlebte. Ein solcher informeller Imperialismus ist als eigenständige, auf einer bestimmten Konstellation von Kräften auf metropolitaner, internationaler und peripherer Ebene beruhende Variante europäischer Vorherrschaft anzusehen, nicht als ein nach der Auflösung in koloniale Herrschaft verlangendes Übergangsstadium.¹³

Wie jeder konkrete Prozeß der Expansion war auch die europäische Politik gegenüber Siam und China eine Summe von *ad hoc*-Lösungen, die aus der Überlagerung und Aufeinanderfolge verschiedener Imperialismen ebenso wie nichtimperialistischer Formen europäischer Aktivität entstanden.¹⁴ Aus diesem Grunde ist eine pluralistische Imperialismusvorstellung nötig.¹⁵ Auch in einer Untersuchung, die primär an Vorgängen am „point of imperial impact“ (R. Robinson) und deren Hintergründen interessiert ist, muß die Bedeutung berücksichtigt werden, die metropolitane Entscheidungsprozesse und Strukturbedingungen ebenso wie diplomatische Konstellationen für Entwicklungen an der Peripherie haben konnten. Gleichzeitig ist aber der Einfluß eigenständiger peripherer (d.h. hier asiatischer) Initiative auf die Formulierung und Umsetzung imperialer Strategien und auf die dauerhafte Ausgestaltung informeller Herrschaft einzubeziehen. In der „peripheren“ Imperialismustheorie ist dies zwar von Anfang an angelegt, kommt jedoch erst in den späteren Überlegungen Robinsons deutlicher zum Ausdruck.¹⁶ Ein pluralistisches Imperialismusmodell muß darüber hinaus ver-

¹¹ Eine Auflistung europäischer Sonderrechte, Interessen und Einrichtungen in China findet sich bei Jürgen Osterhammel, *Semi-Colonialism and Informal Empire in Twentieth-Century China*, in: Wolfgang J. Mommsen/Jürgen Osterhammel (Hg.), *Imperialism and After. Continuities and Discontinuities*, London 1986, S. 290-314. S.a. Albert Feuerwerker, *The Foreign Establishment in China in the Early Twentieth Century*, Ann Arbor 1976, (bzw. ders., *The Foreign Presence in China*, in: *CHC* 12, S. 128-207); Osterhammel, *China*, S. 212 ff. Zur Marginalität vieler Formen der europäischen Präsenz in Asien Rhoads Murphey, *The Outsiders: The Western Experience in India and China*, Ann Arbor 1976.

¹² John K. Fairbank, *The Creation of the Treaty System*, in: *CHC* 10, S. 213-263, hier 232; Jürgen Osterhammel, *China*, S. 158.

¹³ „[T]here was imperialism before and after and even instead of empire“: Hendrik L. Wesseling, *Imperialism and Empire. An Introduction*, in: Mommsen/Osterhammel, *Imperialism and After*, S. 1-10, Zitat 8; Etherington, *Theories*, S. 267-281.

¹⁴ David K. Fieldhouse, *Economics and Empire 1830-1914*, London 1973 (ND 1984); Mommsen, *Imperialismstheorien*, S. 82-90.

¹⁵ Mommsen, *Finanzimperialismus*; René Girault, *Diplomatie européenne et impérialismes*, Bd. 1: 1871-1914, Paris 1979; jetzt auch Boris Barth, *Internationale Geschichte und europäische Expansion: Die Imperialismen des 19. Jahrhunderts*, in: Wilfried Loth/Jürgen Osterhammel (Hg.), *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten*, München 2000, S. 309-327.

¹⁶ Siehe hierzu die Beiträge in Louis, *Imperialism*, insbes. Ronald Robinson, *Non-European Foundations of European Imperialism: Sketch for a Theory of Collaboration*, S. 128-151.

schiedene Formen imperialer Expansion nach Triebkräften (wirtschaftliche Interessen, Prestige, Kultur, Sozialimperialismus, politische Interessen, etc.), Trägern (Industrie, Handel, Finanz, Politik, Diplomatie, Kolonialregierungen, koloniale Militärs etc.), Zielen (koloniale Expansion, Erschließung von Märkten und Investitionsgelegenheiten, strategische Ziele, etc.) und Methoden (militärische Gewalt, Verträge, Hilfsangebote, Bereitstellung von Kapital, Waren und Experten, etc.) unterscheiden, von denen die meisten auch gegenüber Siam und China angewandt worden sind. Schließlich sind Beziehung und Wechselverhältnis imperialistischer Expansion einerseits und der Ausbreitung kapitalistischer Austauschverhältnisse andererseits im Einzelfall zu bestimmen. Je mehr Politik und Diplomatie zu notwendigen Werkzeugen jeder dieser Expansionsformen wurden, desto schärfer kristallisieren sich nationalspezifische Interessenprofile und Handlungsmuster heraus.

Um die Beziehung zwischen Modernisierungsfragen und komplex zusammengesetzten Imperialismen besser zu fassen, soll hier die ereignisgeschichtliche Darstellung durch eine verallgemeinernde Untersuchung charakteristischer, bei der Beschäftigung mit Modernisierungsfragen immer wiederkehrender Perzeptionen, Konzepte, Zielvorstellungen und Gedankenverbindungen ergänzt werden.¹⁷ Da es dabei nicht zuletzt um die Anwendung europäischer Konzepte und Wahrnehmungsmuster auf außereuropäische Zivilisationen geht, werden Kulturkontakt und Fremdwahrnehmung zu Dimensionen der Imperialismusforschung.¹⁸ Der

Die umfassendste Variante von Robinsons Ansatz ist *The Eccentric Idea of Imperialism*, with or without Empire, in: Mommsen/Osterhammel, *Imperialism and After*, S. 267-289. Zur Kritik an den rein peripherieorientierten Ansätzen u.a. Cain/Hopkins, *British Imperialism*, S. 7 ff. sowie zusammenfassend Porter, *Imperialism*, S. 58.

¹⁷ Dabei kann von der Vorstellung ausgegangen werden, daß die Ansichten europäischer Diplomaten und Außenpolitiker auf Grund gemeinsamer Herkunft, Erziehung und Ausbildung von einem gemeinsamen (national spezifischen) „departmental view“ geprägt waren, so daß man vom „official mind“ als Kollektivsingular sprechen kann: Platt, *Finance, Trade*; Philipp Darby, *Three Faces of Imperialism: British and American Approaches to Asia and Africa, 1870-1970*, New Haven/London 1987, S. 4. Insbesondere wegen der hohen Arbeitsbelastung mußten Entscheidungen auf Grund sehr allgemeiner „Alltagskonzepte“ gefällt werden: Zara S. Steiner, *The Foreign Office and Foreign Policy, 1898-1914*, Cambridge 1969, S. 210. Die Bedeutung sozial vermittelter Fremd- und Selbstbilder betont auch der Ansatz von Cain/Hopkins, *British Imperialism* (s.v.a. S. 12, 22-36). Theoretische Überlegungen auch bei Richard Little/Steve Smith (Hg.), *Belief Systems and International Relations*, Oxford 1988.

¹⁸ Zur Methodik siehe die Beiträge in Hans-Joachim König u.a. (Hg.), *Der europäische Beobachter außereuropäischer Kulturen. Zur Problematik der Wirklichkeitswahrnehmung*, Berlin 1989; Jürgen Osterhammel, Kulturelle Grenzen in der Expansion Europas, in: *Saeculum* 46 (1995), S. 101-138; Stig Förster, Einleitung, in: Eva-Maria Auch/Stig Förster (Hg.), „Barbaren“ und „Weiße Teufel“. *Kulturkonflikte und Imperialismus in Asien vom 18. bis zum 20. Jahrhundert*, Paderborn 1997, S. 7-17. Wichtige Beiträge: Michael Adas, *Machines as the Measure of Men: Science, Technology, and Ideology of Western Dominance*, Ithaca 1989; Darby, *Three Faces*; Raymond Dawson, *The Chinese Chameleon: An Analysis of European Conceptions of Chinese Civilization*, London 1967; Hans C. Jacobs, *Reisen und Bürgertum. Eine Analyse deutscher Reiseberichte aus China im 19. Jahrhundert: Die Fremde als Spiegel der Heimat*, Berlin 1995; Victor G. Kiernan, *The Lords of*

Verweis auf eine „imperialistische Kultur“, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelte und teils Ergebnis, teils auch Antrieb imperialer Expansion war, vermag allerdings nicht zu erklären, warum und vor allem in welcher Form konkrete Expansionsbewegungen stattfanden.¹⁹ Es kann daher auch nicht ausreichen, im Sinne Edward W. Suids die Auseinandersetzung mit „dem Orient“ als „machtgestützten Diskurs“ zu entlarven, aus dem man zwar etwas über europäische Herrschaftsansprüche erfahren kann, aber nichts über die willkürlich unter dem Sammelbegriff „Orient“ zusammengefaßten Länder. Vielmehr ist zu untersuchen, wie und aufgrund welcher Konzepte die Europäer ihre Macht in konkreter Interaktion²⁰ zur Geltung zu bringen suchten, und nach „Denkstilen, Wahrnehmungsrastern, ... nach der Verarbeitung von Aussagen über andere Zivilisationen“ zu fragen.²¹ Auf diese Weise lassen sich Kategorien aufdecken, mit deren Hilfe die Europäer in Ostasien ihr Weltbild strukturierten, es läßt sich gewissermaßen die Brille beschreiben, durch die man von London, Paris und Berlin auf Asien schaute. Behält man dabei die Beziehung zum Handeln in konkreten Situationen im Blick, so ergibt sich eine zeitlich und nach Ursprungsländern differenzierte Antwort auf die Frage nach der Bedeutung von Modernisierungsfragen in der Asienpolitik europäischer Mächte und in verschiedenen Imperialismen. Auch aus der Sicht primär an asiatischer Geschichte interessierter Forschung erscheint übrigens „a comprehensive account of the ramifications of the imperialist mind in the early twentieth century“ (A. Feuerwerker) als Desideratum.²²

Human Kind: European Attitudes Towards the Outside World in the Imperial Age, London 1969; Colin Mackerras, *Western Images of China*, Hongkong/Oxford/New York 1989. Zahlreiche Möglichkeiten, sich mit „dem Fremden“ geistig auseinanderzusetzen, sind anhand von Beispielen aus dem 18. Jahrhundert beschrieben und analysiert bei Jürgen Osterhammel, *Die Entzauberung Asiens. Europa und die asiatischen Reiche im 18. Jahrhundert*, München 1998.

¹⁹ Edward W. Said, *Orientalism*, London 1978; ders., *Culture and Imperialism*, London 1993. Zur Kritik an Said John M. MacKenzie, *Orientalism: History, Theory and the Arts*, Manchester 1996; Porter, *Imperialism*, S. 27 ff., 67 f.; Nicholas Thomas, *Colonialism's Culture: Anthropology, Travel and Government*, Cambridge 1994.

²⁰ Auch beim Kulturkontakt unter den Bedingungen des Imperialismus handelt es sich um Interaktion, bei der beiden Seiten ein gewisses Maß an Initiative und Handlungsspielraum offensteht: Robinson, *Theory of Collaboration*; Osterhammel, *Kolonialismus*, S. 31. Zu Wahrnehmung und Kontaktsituationen s. Jörg Fisch, *Der handelnde Beobachter*. François Valentyns Schwierigkeiten mit dem asiatischen Charakter, in: König, *Der europäische Beobachter*, S. 119-113.

²¹ Jürgen Osterhammel, *Distanzerfahrung. Darstellungsweisen des Fremden im 18. Jahrhundert*, in: König, *Der europäische Beobachter*, S. 9-42, bes. S. 31.

²² Feuerwerker, *Foreign Establishment*, S. 100. Daß europäische Konsularberichte, die außerordentlich detaillierte Quellen für die Entwicklung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Siam und China auf lokaler Ebene darstellen, vom spezifischen Standpunkt in die europäische Machtentfaltung eingebundener Beamter aus geschrieben sind, dürfte unmittelbar einleuchten; darüber hinaus ist aber zu berücksichtigen, daß dieser Standpunkt oftmals nicht identisch war mit demjenigen der Gesandtschaft in Peking oder gar der Regierung in Europa. Die Forderung nach detaillierter Untersuchung der Werte und Zielvorstellungen des „official mind“ stellen auch Cain und Hopkins: *British Imperialism*,

Modernität war gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Europa wie in Asien Synonym für die wissenschaftlich-technischen und politisch-administrativen Leistungen, auf die Großmächte wie Großbritannien, Frankreich oder das Deutsche Reich ihre Macht und ihren Wohlstand gründeten. Modernisierung wurde als Nachahmung des Westens, zumindest aber als Aneignung der Grundlagen westlichen Wohlstands und westlicher Macht verstanden. Auch in den im Nachkriegsamerika entwickelten Modernisierungstheorien, mit denen der Begriff der Modernisierung in der Wissenschaft verbunden ist, gilt Modernisierung als die Annäherung an westliche Vorbilder. Hier bezeichnet Modernisierung den Prozeß der Transformation „traditionaler“ (d.h., nichtwestlicher, nichtindustrialisierter) Gesellschaften unter dem Einfluß der „wissenschaftlichen und technologischen Revolution“ (G. Rozman). Als hervorstechende Charakteristika dieses Wandels werden genannt: die Zunahme nichtlandwirtschaftlicher und vor allem industrieller Produktion; anhaltendes wirtschaftliches Wachstum; zunehmende Einbindung in übernationale Zusammenhänge; die Entstehung neuer Organisationen und neuer Fähigkeiten; Bürokratisierung; soziale und politische Mobilisierung; soziostrukturelle Ausdifferenzierung und Spezialisierung; die Erhöhung des Bildungsniveaus; der Übergang von hohen zu niedrigen Geburts- und Todesraten u.a.m.²³ Neben Makrostudien (etwa: *The Modernization of China*) brachten Modernisierungstheorie und Modernisierungsforschung zahlreiche Untersuchungen zu Teilprozessen (etwa: *The Modernization of the Chinese Salt Administration*) hervor. Zu den Forschungsfeldern gehören hier Technologietransfer und Industrialisierung; die Entstehung moderner Finanz-, Verwaltungs-, Bildungs- und Justizeinrichtungen; die Einführung moderner Verkehrsmittel; die Ausbreitung moderner Waffentechnik und Militärorganisationen; die Verbreitung neuer Formen der politischen Organisation und Partizipation – untersucht wird also v.a. der Transfer in Europa entstandener Organisations- und Produktionsformen.²⁴

An der Brauchbarkeit des Modernisierungsbegriffs zur Beschreibung der Geschichte außereuropäischer Gesellschaften und ihrer Beziehungen zum Westen sind allerdings seit langem Zweifel angemeldet worden.²⁵ Die Modernisierungstheorien müssen sich in der Tat vorwerfen lassen, zentrale Entwicklungen und Kräfte der Geschichte außereuropäischer Staaten in halbiert oder verkürzter

Bd. 2, S. 300; Anthony G. Hopkins, *Back to the Future: From National History to Imperial History*, in: *Past and Present* 164 (1999), S. 198-243, hier 201, 225 f.

²³ Zitat und Aufzählung bei Rozman, *Modernization*, S. 3 f. (teilweise in Anlehnung an Cyril E. Black, *The Dynamics of Modernization: A Study in Comparative History*, New York 1966, S. 7).

²⁴ Rozman, *Modernization*; S.A.M. Adshead, *The Modernization of the Chinese Salt Administration, 1900-1920*, Cambridge, Mass. 1970. Ein großer Teil der unter Anm. 8 und 9 aufgeführten Makrostudien orientiert sich an einer Modernisierungsperspektive. Auf die Literatur zu Teilprozessen wird im entsprechenden Zusammenhang verwiesen; einen Überblick über den Prozeß der Diffusion westlicher Technologien bietet Daniel R. Headrick, *The Tentacles of Progress: Technology Transfer in the Age of Imperialism, 1850-1914*, New York 1988.

²⁵ Kritik und Überblick bei Jürgen Osterhammel, *Modernisierungstheorie und die Transformation Chinas 1800-1949. Kritische Überlegungen zur historischen Soziologie*, in: *Saeculum* 35 (1984), S. 31-72, Zitat 65; Paul A. Cohen, *Discovering History in China. American Historical Writing on the Recent Chinese Past*, New York 1984, v.a. Kap. 1 u.2.

Sichtweise zu präsentieren. Komplexe soziale Prozesse und Phänomene werden willkürlich aufgespalten in funktionale, der Modernisierung und der Integration in globale Zusammenhänge dienliche Bestandteile einerseits und dysfunktionale Komponenten andererseits; die für die hier beschriebenen Transformationsprozesse so charakteristische „Dialektik von Anpassung und Widerstand“ (Osterhammel) wird unterdrückt. Ebenso halbiert erscheinen in modernisierungstheoretischer Perspektive die Beziehungen außereuropäischer Gesellschaften zu den europäischen Mächten, da das Phänomen des Imperialismus lediglich als bedauerliche Begleiterscheinung des *a priori* als positiv – d.h., den Weg zur Modernisierungweisend – verstandenen Kontakts mit „dem Westen“ aufgefaßt wird. Die politische Bedeutung der Tatsache, daß nicht Kooperationsangebote und Lernchancen die Beziehungen Siams und Chinas zum „Westen“ prägten, sondern die ökonomischen, politischen oder kulturellen Expansionsstrategien untereinander rivalisierender Mächte, wird dabei unterschlagen. Ebenso wenig werden potentiell negative Auswirkungen einer Weltmarktintegration in abhängiger Position diskutiert.²⁶ Schließlich vermag die Modernisierungstheorie – nicht zuletzt wegen ihrer verkürzten Wahrnehmung von Transformationsprozessen in außereuropäischen Gesellschaften und der realgeschichtlichen Beziehungen dieser Gesellschaften zu den Mächten Europas – nicht zu erklären, warum Modernisierungsbemühungen und Transformationsprozesse außerhalb Europas so häufig in einen chronischen Krisenzustand mündeten, der sich weder als „traditionell“ noch als „modern“ kennzeichnen läßt – „Modernisierung ohne Entwicklung“ ist oft genug erstaunt beobachtet worden.²⁷ Diesen Einwänden gegen die Verwendung modernisierungstheoretischer Annahmen muß sowohl bei der Untersuchung historischer europäischer Modernisierungskonzepte als auch bei der Beschreibung der außereuropäischen Umwelt, auf die sie gemünzt waren, Rechnung getragen werden.²⁸

²⁶ Frances V. Moulder, *Japan, China and the Modern Economy: Toward a Reinterpretation of East Asian Development, ca. 1600 to ca. 1918*, Cambridge 1977; Stephen C. Thomas, *Foreign Intervention and China's Industrial Development*, Boulder 1984. Verschiedene Positionen zum Einfluß des Westens auf die Entwicklung Chinas werden vorgestellt und diskutiert bei Jürgen Osterhammel, *China*, S. 175 ff., S. 254 ff.; zu Siam s. Ian Brown, *The Elite and the Economy in Siam, c. 1880-1920*, Singapore 1988, S. 33-59; 170-181.

²⁷ Norman Jacobs, *Modernization Without Development: Thailand as an Asian Case Study*, New York/London 1971. Jacobs unterscheidet (S. 9) Modernisierung („the maximization of the potential of the society within the limits set by the goals and fundamental structure ... of the society“) von Entwicklung („an open-ended commitment to productive change, no matter what the consequences might be on existing goals or existing ways of doing things“). S.a. Gerald M. Meier, *Leading Issues in Economic Development*, Oxford/New York 1995, S. 7-12.

²⁸ In theoretischer Hinsicht schlägt Peter Burke vor, sich statt am Modernisierungsparadigma an Norbert Elias' differenzierterer Vorstellung eines Zivilisationsprozesses zu orientieren, der von den Mechanismen der Konkurrenz und Interdependenz angetrieben, aber nicht determiniert wird: Peter Burke, *Sociology and History*, London 1980, S. 80-89; Norbert Elias, *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*, 2 Bde., Bern/München 1969; Artur Bogner, Die Theorie des Zivilisationsprozesses als Modernisierungstheorie, in: Helmuth Kuzmics/Ingo Mörrh (Hg.), *Der unendliche Prozeß der Zivilisation. Zur Kulturosoziologie der Moderne nach Norbert Elias*, Frankfurt a.M./New York 1991, S. 33-58. In forschungspraktischer Hinsicht erscheinen Ansätze am gewinnbringendsten, die

„Modernisierung“ beschreibt also nur einen Teil der Transformationen, die die Geschichte Siams und Chinas seit dem 19. Jahrhundert prägen; gleichwohl waren Bemühungen um Modernisierung wesentlicher Bestandteil und wesentlicher Antrieb dieser Transformationen. Überlegungen, Debatten und Konflikte über Modernisierungsthemen – d.h. darüber, durch welche Veränderungen Freiheit, Wohlstand und Macht zu erreichen seien und wie sie sich auf die Interessen politischer und gesellschaftlicher Gruppen auswirken würden – standen im Zentrum der inneren Veränderungen und Konflikte in Asien.²⁹ Auch für europäische Staaten, Firmen, Banken und Kaufleute waren sowohl einzelne Modernisierungsvorhaben als auch eine als umfassender Strukturwandel verstandene Modernisierung von zentraler Bedeutung. Export, Investition und neue Märkte, politisch-administrative Penetration oder auch die Stabilisierung bestehender informeller Abhängigkeitsverhältnisse angesichts eines verschärften Imperialismus waren sämtlich Ziele, die in engem Zusammenhang mit Modernisierungsfragen standen. Daneben konnte die Modernisierung asiatischer Staaten auch bereits als Bedrohung (einer kolonialen Grenze, einer ohnehin geschwächten Exportwirtschaft) aufgefaßt werden.

Modernisierungsfragen spielten im Zuge der – gewollten oder ungewollten, unmittelbaren oder mittelbaren – Einbeziehung immer neuer Gebiete in globale Interdependenz und globale Konkurrenz³⁰ eine entscheidende Rolle für inner-asiatische Entwicklungen, ebenso wie in europäischen Asienstrategien und europäischer Asienpolitik. Diese Tendenz (heute unter dem Stichwort „Globalisierung“ diskutiert) hält an, so daß die Untersuchung europäischer Politik gegenüber Modernisierungsfragen in Asien nicht nur in imperialismusgeschichtlicher Hinsicht von Bedeutung ist. Neben den immer wieder aufscheinenden Bezügen zu Asieneuphorie und Asienkrise, auf die während der Darstellung nicht im einzelnen eingegangen werden kann, verweisen die hier behandelten Ereignisse und Konzepte aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg auf Themen, die heute immer noch bzw. seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Auftreten der *emerging markets* wieder von großer Aktualität sind: Globalisierung, Modernisierung

der Kritik an modernisierungstheoretischen Annahmen Rechnung tragen, ohne in einem entgegengesetzten Dogmatismus (etwa im Sinne von Dependenz- oder Weltsystemtheorien) zu verfallen. Beispielhaft seien hier genannt Brown, *Élite*, wo die Auswirkungen der Weltmarktintegration auf Handlungsspielräume und entwicklungspolitische Ansätze in Siam diskutiert werden, und Joseph W. Esherick, *Reform and Revolution in China: The 1911 Revolution in Hunan and Hubei*, Berkeley/Los Angeles 1976, wo am chinesischen Beispiel Modernisierungsfragen innerhalb eines komplexen politisch-sozialen Interessengefüges untersucht werden.

²⁹ S.o. Anm. 8 und 9; Esherick, *Reform and Revolution*; Michael Gasster, *Reform and Revolution in China's Political Modernization*, in: Mary C. Wright (Hg.), *China in Revolution: The First Phase, 1900-1913*, New Haven/London 1968, S. 67-96.

³⁰ Elias, *Prozeß der Zivilisation*, v.a. S. 312-453; Gerrit W. Gong, *The Standard of „Civilization“ in International Society*, Oxford 1984; Theodore H. von Laue, *The World Revolution of Westernization: The Twentieth Century in Global Perspective*, Oxford 1987, sowie aus imperialismustheoretischer Perspektive Anthony Brewer, *Theories of Imperialism in Perspective*, in: Mommsen/Osterhammel, *Imperialism and After*, S. 325-332, hier 325 f.

und allgemein die Mechanismen und Probleme der Einbeziehung nichtwestlicher Staaten in westlich dominierte globale Zusammenhänge.³¹

Abgeschlossen wird diese Einleitung mit einem Überblick über die wichtigsten Tendenzen in der Entwicklung europäischer Asienbilder und Asienpolitik im 19. Jahrhundert. Im Hauptteil der Arbeit soll dann jeweils zunächst anhand diplomatischer Berichte und Aufzeichnungen dargestellt werden, mit welchen Modernisierungsvorhaben und -problemen sich europäische Diplomaten und Außenpolitiker in Siam und in China konfrontiert sahen, wie sie diese beurteilten und wie (und ob) sie handelten (hierzu dienen die ereignisgeschichtlich angelegten Kapitel I, II, IV-VI, VIII). Auf einer zweiten Ebene sollen in den zusammenfassend und verallgemeinernd angelegten Kapiteln III und VII Entwicklung und Implikationen der Konzepte und Wahrnehmungsmuster verständlich gemacht werden, derer sich europäische Außenpolitiker und Diplomaten bei der Auseinandersetzung mit Modernisierungsfragen bedienten.

2. Asienpolitik und Asienbilder bis 1895

Im 19. Jahrhundert wurden Asienbilder und Asienpolitik im England der Industriellen und Imperialisten statt wie im 18. Jahrhundert im Frankreich der Jesuiten und Philosophen gemacht.³² Dementsprechend verschoben sich in der Politik wie in der Wahrnehmung die Schwerpunkte. Im Zentrum europäischer Asienbilder standen nicht mehr Kultur, Philosophie und Staatsbildung, sondern Wirtschaft, Militär und soziale und administrative Organisation – alles Bereiche, in denen Europa im Laufe des Jahrhunderts rasche Fortschritte machte, während sich etwa in China Anzeichen einer tiefgehenden demographischen, wirtschaftlichen und administrativen Krise zeigten. Das immer drückendere Übergewicht europäischer Macht und eine immer negativere europäische Sicht Asiens ziehen sich als Grundtendenzen durch das ganze Jahrhundert. Herrschaft und Profit, nicht mehr Forschung im Interesse einer transkulturellen „science de l’homme“ waren nun vordringliche Zwecke der europäischen Beschäftigung mit Asien. In weniger an Macht und Profit interessierten Kreisen verstärkte der Aufschwung der christlichen Mission seit der Jahrhundertmitte die Neigung, Asiaten als irregeleitete, der christlichen Wahrheit bedürftige „Heiden“ wahrzunehmen.

Solchen Perzeptionen entsprachen in der Politik die beiden Kriege, in denen Briten und Franzosen 1840-42 und 1856-60 die „Öffnung“ Chinas durchsetzten, und die unter mehr oder minder subtiler Gewaltandrohung geschlossenen „ungleichen Verträge“, deren Privilegien sich bald auch Preußen, die USA und Rußland zu sichern wußten. Diese Verträge schränkten die Souveränität der asiatischen Vertragspartner auf vielfältige Weise ein; ihre wichtigsten Bestimmun-

³¹ Ian Clark, *Globalization and Fragmentation: International Relations in the Twentieth Century*, Oxford 1997; programmatisch Hopkins, *Back to the Future*, S. 201-207, 241 f.

³² Zu diesem Abschnitt vgl. soweit nicht anders verzeichnet die oben unter Anm. 8 und 9 genannte Literatur.

gen waren die Festsetzung sehr niedriger Einfuhrzölle (5% in China, 3% in Siam), die Öffnung bestimmter Städte, Verkehrswege und volkswirtschaftlicher Sektoren für die ungehinderte europäische Aktivität sowie die Extraterritorialität, d.h. die Unterstellung der im Lande sich aufhaltenden Europäer unter die Gerichtsbarkeit der Konsuln ihres Heimatlandes. Die Europäer hofften, sich damit die Möglichkeit gesichert zu haben, an prominenter Stelle an der Modernisierung der Staaten Asiens mitzuwirken, verfolgten aber aufgrund ihrer spezifischen Interessen und der unterschiedlichen Haltung Siams und Chinas durchaus verschiedene Strategien.³³

a) China

In China hatte sich schon Ende des 18. Jahrhunderts, bevor der Westen als Bedrohung in Erscheinung trat, ein Krisenbewußtsein gebildet.³⁴ Gelehrte und Beamte wandten sich gegen den Formalismus des intellektuellen Lebens, das sich immer weiter von praktischen Problemen entfernt hatte, und gegen Korruption und Ineffizienz in der Verwaltung. Die beiden verlorenen Kriege gegen die europäischen Mächte, der Abfluß von Silber, mit dem für Opiumimporte bezahlt wurde, und der große Aufstand der *Taiiping*-Bewegung (1850-64) überzeugten viele von der Notwendigkeit drastischer Veränderungen und der Übernahme westlicher Technologien, vor allem Waffen. Nach dem Friedensschluß mit Großbritannien und Frankreich von 1860 gelang es der Qing-Dynastie, den *Taiiping*-Aufstand niederzuschlagen. China unternahm im Rahmen der sogenannten „Selbststärkungsbewegung“ erste Bemühungen, moderne Waffen einzusetzen und in eigenen Arsenalen – teilweise mit der Hilfe europäischer Fachkräfte – selbst herzustellen.³⁵ Mit dem Seezolldienst (Imperial Maritime Customs) unter seinem Generalinspekteur Robert Hart entstand aus einem während der *Taiiping*-Rebellion zustande gekommenen *ad hoc*-Arrangement ein europäisch organisierter und von einem Europäer in chinesischen Diensten autokratisch geleiteter Verwaltungszweig.³⁶ Der Seezolldienst, der in den dem Handel geöffneten Häfen die Zölle auf von Europäern importierte Waren erhob, verschaffte der Zentralregierung eine relativ verlässliche Einnahmequelle, mit deren Hilfe sie ihre Stellung weiter festigen konnte.

Die Anstrengungen der Selbststärkungsbewegung erfaßten in den 1870er Jahren mit Industrie und Schifffahrt auch nichtmilitärische Bereiche. Dem lag die Erkenntnis zugrunde, daß moderne militärische Machtmittel allein es China nicht ermöglichen konnten, sich gegen den Westen zur Wehr zu setzen. Betriebe wie die Kaiping-Bergwerke und die China Merchants Steam Navigation Company wurden gegründet, um profitable Geschäftsfelder nicht allein den Europäern zu überlassen. Sie wurden zunächst von Kaufleuten unter der Aufsicht von Beamten geleitet (*guan-du-shangban*) und arbeiteten mit Kapital, das zum größten Teil von

³³ John K. Fairbank, *The Creation of the Treaty System*, in: *CHC* 10, S. 213-263, bes. 263.

³⁴ David Pong, *Shen Pao-chen and China's Modernization in the Nineteenth Century*, Cambridge 1994, S. 11 ff. (Pong gibt auf S. 1-23 einen Überblick über den Stand der Diskussion über Chinas Modernisierungsanstrengungen vor 1895); Schrecker, *Chinese Revolution*, Kap. 4.

³⁵ Ausführlich bei Pong, *Shen Pao-chen*, S. 107-271.

³⁶ Stanley F. Wright, *Hart and the Chinese Customs*, Belfast 1950.

Provinzgouverneuren bereitgestellt worden war.³⁷ Alle diese Betriebe litten jedoch an einer Reihe struktureller Probleme: es fehlte an Kapital; das Management war mit den Methoden der Führung größerer Betriebe nicht vertraut; Rücklagen und Investitionen wurden vernachlässigt; Nepotismus und Korruption ließen sich nicht kontrollieren. Die Industrialisierungsbemühungen im Rahmen der Selbststärkungsbewegung blieben oberflächlich³⁸ und von der Patronage einiger weniger hoher Beamter abhängig. Alle staatlich geleiteten Reformbemühungen hatten die Befestigung der bestehenden Machtverhältnisse zum Ziel und machten deshalb vor grundlegenden Veränderungen halt; institutioneller Wandel als Grundlage militärischer und wirtschaftlicher Modernisierung wurde nie in Betracht gezogen. Der Bürokratie, die die Pekingener Regierung als den einzig legitimen Träger von Modernisierung ansah, mangelte es an Effizienz, Verlässlichkeit und Fachwissen. Einzelne Chinesen erwarben westliche Bildung und Kenntnis westlicher Methoden, doch mußten sie sich, um Einfluß zu bekommen, so stark an das herrschende System anpassen, daß dies einem Verzicht auf die Anwendung des Gelernten gleichkam.³⁹

Die von den Europäern in die handelspolitische Öffnung Chinas gesetzten Hoffnungen erfüllten sich nur teilweise; trotz beeindruckender prozentualer Steigerung blieb der absolute Umfang des Chinahandels bescheiden. Die am Handel interessierten Kreise führten ihren Mißerfolg auf die mangelnde infrastrukturelle Erschließung des Landes, auf Korruption, Rebellion, mangelnde Rechtssicherheit und eine allgemein höchst unzulängliche Verwaltung zurück.⁴⁰ Dementsprechend forderten sie, China Reformen in den genannten Bereichen notfalls mit Gewalt aufzuzwingen. Daran entzündete sich zwischen britischen *Old China Hands* und dem Foreign Office der erste Streit über die Modernisierung Chinas und ihre Konsequenzen für die Chinapolitik.

London und Paris hatten sich nach dem 1860 beendeten Krieg entschlossen, die Pekingener Zentralregierung zu stützen, um die im Friedensvertrag gewonnenen Privilegien abzusichern. Dementsprechend gewährte man Peking Hilfe im Kampf gegen die *Taiiping*-Rebellen und sah davon ab, sie durch Forderungen nach in der Bevölkerung unpopulären Reformen oder einer weiteren Öffnung des Landes in Bedrängnis zu bringen. Grundlage dieser als *cooperative policy* bekannten

³⁷ Ellsworth C. Carlson, *The Kaiping Mines, 1877-1912*, Cambridge, Mass. 1971; Wellington K.K. Chan, *Merchants, Mandarins and Modern Enterprise in Late Ch'ing China*, Cambridge, Mass./London 1977; Albert Feuerwerker, *China's Early Industrialization: Sheng Hsuan-huai (1844-1916) and Mandarin Enterprise*, Cambridge, Mass. 1958; Chi-kong Lai, *The Qing State and Merchant Enterprise: The China Merchants' Company, 1872-1902*, in: Jane Kate Leonard/John R. Watt (Hg.), *To Achieve Security and Wealth: The Qing Imperial State and the Economy, 1644-1911*, Ithaca 1992, S. 139-151; Linda Pomerantz-Zhang, *Wu Tingfang (1842-1922): Reform and Modernization in Modern Chinese History*, Hongkong 1992.

³⁸ Hsü spricht von einer „superficial gesture towards modernization“ (*Modern China*, S. 262).

³⁹ Ch'en, *China and the West*, S. 268; E-tu Zen Sun, *The Finance Ministry (Hubu) and Its Relationship to the Private Economy in Qing Times*, in: Leonard/Watt, *Security and Wealth*, S. 9-18; Paul A. Cohen, *The New Coastal Reformers*, in: ders./John E. Schrecker (Hg.), *Reform in Nineteenth-Century China*, Cambridge, Mass./London 1976, S. 255-264, bes. 261.

⁴⁰ Hierzu und zum folgenden Nathan A. Pelcovits, *Old China Hands and the Foreign Office*, New York 1948.

Politik war zumindest auf britischer Seite die Ansicht, die Kaufkraft der chinesischen Konsumenten sei beschränkt und ihr Bedarf könne zum größten Teil durch im Lande selbst hergestellte Artikel befriedigt werden. Auch weitere kostspielige Zwangsmaßnahmen könnten daher keine merkliche Ausweitung des Handels zur Folge haben. Deshalb setzte man darauf, die bestehende Regierung zu stützen in der Hoffnung, daß sie von sich aus mit dem Aufbau einer effizienten Verwaltung beginnen würde, ohne die die Entwicklung von Chinas Ressourcen und Chinas Markt nicht zu erwarten waren. Die britische Regierung war allerdings genauso wie die Kaufleute davon überzeugt, daß China sich grundlegend wandeln müsse. Außenminister Lord Stanley formulierte die offizielle Sicht der Dinge in den 1860er Jahren so: „We must not expect the Chinese ... at once to see things in the same light as we do ... we must lead and not force the Chinese to the adoption of a better system. We must reconcile ourselves to waiting for the gradual development of that system.“⁴¹ Die Position der Kaufleute, die davon ausgingen, daß einer Modernisierung Chinas, die große Aussichten für den westlichen Handel eröffnete, nur der Widerstand reaktionärer Beamter im Wege stehe, weshalb Reformen notfalls mit Gewalt erzwungen werden müßten, konnte sich nicht durchsetzen, wurde aber weiterhin vehement vertreten.

Die europäischen Diplomaten und die Peking Regierung, die sich beide um Frieden und graduelle (allerdings unterschiedlich aufgefaßte) Reform bemühten, wurden unter Druck gesetzt durch die Forderungen der Extremisten auf beiden Seiten, der „unersättlichen“ Kaufleute und der „unversöhnlichen“ chinesischen Konservativen.⁴² Die westliche Chinawahrnehmung konzentrierte sich nun immer mehr auf negative Aspekte. Hierzu gehörte auch die Feindseligkeit, die China den immer zahlreicheren Missionaren beider christlicher Konfessionen entgegenbrachte, deren Aktivität es aufgrund der Verträge zulassen mußte. Immer wieder kam es zu Ausschreitungen gegen Missionare und Konvertiten, die regelmäßig das Eingreifen von Kanonenboote, erzwungene öffentliche Sühnebekundungen und Entschädigungszahlungen nach sich zogen. Kaufmännische Kreise prangerten währenddessen in dem Bemühen, die Politik ihres Heimatstaates zu beeinflussen, lautstark die „mandarin conspiracy“ an, die sie für ihre mangelnden Verkaufserfolge verantwortlich machten; Chinareisende kontrastierten ihren eigenen Kontinent, der zumindest seinen bürgerlichen Bewohnern immer mehr Freiheit, Wohlstand, Bildung, Bequemlichkeit und Sauberkeit bot, in lebhaften Schilderungen mit Schmutz, Rückständigkeit, Armut, Despotie, Korruption, Stagnation und Ignoranz in China. Immer mehr erschien China als ein Land, das dringend westlicher Kultur und westlicher Technik bedurfte, aber unfähig und auf verstockte Weise unwillig war, die zu seinem eigenen Besten nötigen Maßnahmen zu ergreifen.⁴³

Die Londoner Regierung hielt angesichts des Mißverhältnisses zwischen Kosten und möglichem Nutzen einer aktiveren Chinapolitik bis 1895 an der *cooperative policy* fest, zumal britische Handelsfirmen, Banken und Exportwaren weiterhin eine unangefochtene Vorrangstellung in China innehatten. Frankreich dagegen,

⁴¹ Zit. n. Pelcovits, *Old China Hands*, S. 38 f.

⁴² Fairbank/Reischauer, *China*, S. 328.

⁴³ So die Analyse deutscher Reiseberichte bei Jacobs, *Reisen und Bürgertum*.

das seit 1881 eine Politik der Expansion in Übersee verfolgte, bemühte sich, mit machtpolitischen Mitteln von Süden her einen Zugang zum chinesischen Markt zu erschließen und die chinesischen Tributstaaten Annam und Tonkin unter seine Kontrolle zu bringen. Darüber kam es 1883 zum Krieg, der 1885 mit der Niederlage Chinas und der Eingliederung Annams und Tonkins in das französische Kolonialreich endete. Im Friedensvertrag ließ Frankreich sich faktisch ein Monopol auf industrielle Lieferungen nach China zusichern, um den Absatz seiner dort bislang nicht nachgefragten und international kaum konkurrenzfähigen schwerindustriellen Produkte zu fördern. Dennoch bekam die französische Industrie nur wenige Aufträge und konnte die ihr übertragenen Arbeiten, bei denen sie kaum geschickter operierte als die chinesischen *guandu-shangban*-Betriebe, nur zu großen Verlusten zum Abschluß bringen.⁴⁴ Das Deutsche Reich dagegen, das bei seiner Gründung die vertraglichen Privilegien Preußens übernommen hatte, konnte seinen Absatz in China vor allem im Bereich der Kriegsmaterialien deutlich ausweiten. Militärgüter waren die einzigen westlichen Neuerungen, die bis dahin in ganz China in größerem Maße zur Anwendung gekommen waren und stellten so den einzigen wirklichen „Wachstumsmarkt“ im Chinageschäft dar. Für Berlin waren Rüstungsexporte „wirtschaftsstrategischer Orientierungs- und politischer Ausgangspunkt der deutschen Interessen in China“, und man versuchte, sie durch die Entsendung von Militärinstrukteuren zu fördern. Politisch hielt sich Deutschland, solange der Absatz stieg und die allgemeine Lage sich nicht grundlegend veränderte, im Kielwasser Großbritanniens.⁴⁵

Somit brachten die ersten Regungen eines aggressiveren Imperialismus in den 1880er Jahren noch keine bedeutenden Veränderungen. In China wurden die Bemühungen um Selbststärkung nun mit etwas mehr Eifer, aber im Grunde unverändert fortgesetzt. Im Hinblick auf zukünftige Eisenbahnprojekte richtete Zhang Zhidong, Generalgouverneur in Hankou, in Hanyang ein Stahlwerk ein, um das herum Chinas erster integrierter schwerindustrieller Konzern entstand.⁴⁶ Die von europäischen Kaufleuten und Banken ebenso wie von chinesischen Reformern herbeigesehnten Bahnlinien wurden jedoch nicht genehmigt. Unter den Mächten zeigte sich währenddessen eine zunehmende latente Konkurrenz, die aber noch nicht offen zum Ausbruch kam. Die schweren, gegen die Aktivität der Missionare gerichteten Unruhen in Mittelchina Anfang der 1890er Jahre trugen dazu bei, das gemeinschaftliche Auftreten der Mächte in Peking trotz zunehmender Spannungen zu erhalten.

⁴⁴ Brötel, *Frankreich*, S. 223-332; Lee, *France*, S. 29-55.

⁴⁵ Ratenhof, *Chinapolitik*, S. 92, 111 (Zitat), 114 ff.; Helmuth Stoecker, *Deutschland und China im 19. Jahrhundert. Das Eindringen des deutschen Kapitalismus*, Berlin (Ost) 1958.

⁴⁶ Albert Feuerwerker, *China's Nineteenth-Century Industrialization: The Case of the Hanyehping Coal and Iron Company, Limited*, in: Charles D. Cowan (Hg.), *The Economic Development of China and Japan: Studies in Economic History and Political Economy*, London 1964, S. 79-110.

b) Siam

In Siam war Ende des 18. Jahrhunderts eine Periode der Wirren mit einer dynastischen Erneuerung zum Abschluß gekommen.⁴⁷ Bei Anbruch des 19. Jahrhunderts befand sich das Land wirtschaftlich und politisch in einer Phase der Expansion und führte Eroberungskriege gegen seine Nachbarn Burma und Kambodscha. In Bangkok war man über den Opiumkrieg und über die Stimmung in den britischen Besitzungen Hongkong und Singapore gut orientiert. Als Großbritannien den Abschluß eines Vertrages forderte, entschloß sich König Mongkut (r. 1851-68) daher zu weitgehendem Entgegenkommen, obwohl ein solcher Freihandelsvertrag tiefgreifende Veränderungen in Siams Wirtschaftssystem zur Folge haben mußte (z.B. gab der Königshof durch den Abschluß der Handelsverträge mit den Mächten sein Außenhandelsmonopol auf). Anders als in China zog sich in Siam die Regierung weitgehend aus der Wirtschaft zurück. Das Reisexportverbot wurde aufgehoben und brachliegendes Land und nicht ausgelastete Arbeitskraft für den Reisanbau mobilisiert; eine florierende Reisexportwirtschaft in privater Hand entwickelte sich. Noch unter Mongkut wurden einige westliche Berater eingestellt, die allerdings in untergeordneten, rein technischen Positionen tätig waren.⁴⁸ Obwohl sich zumindest in der schmalen Oberschicht eine gewisse Offenheit gegenüber Methoden und Ideen aus dem Westen zeigte, kam es nicht zu konkreten Veränderungen in Verwaltung oder Wirtschaft. Auch Ansätze zur Industrialisierung gab es nicht. Mongkuts Nachfolger Chulalongkorn (r. 1868-1910) mußte bald feststellen, daß seinem Reformeifer starke Interessen und große Hindernisse – zuallererst der Mangel an ausgebildetem Personal und an Kapital – im Wege standen. Er beschränkte sich deshalb bis in die 1880er Jahre auf Reformexperimente vor allem im Bereich der Bildung. Gleichzeitig informierte er sich auf Reisen über den Aufbau europäischer Kolonialverwaltungen und schickte seine jüngeren Brüder und Halbbrüder zur Ausbildung auf britische Schulen und Universitäten.

Da in Siam dem Handel keine Hindernisse in den Weg gelegt wurden und weder Kaufleute noch Missionare um ihre persönliche Sicherheit zu fürchten hatten, gestaltete sich das Verhältnis zu den Mächten auf diesen in China so konfliktträchtigen Gebieten vergleichsweise harmonisch. Hinzu kam, daß angesichts der geringen Größe und Bevölkerungszahl des Landes Hoffnungen auf einen bedeutenden Handel gar nicht erst aufkamen und auch keine den *Old China Hands* vergleichbare Siam-Lobby die europäischen Regierungen zu beeinflussen suchte. Für die regionale Vormacht Großbritannien ging es im Verhältnis zu Siam also von vornherein nicht darum, Isolation aufzubrechen, sondern gute und ausbaufähige

⁴⁷ Als Standardwerk wird zumeist Wyatt, *Thailand* angegeben. Weniger bekannt, aber sicherer in der Bewertung und nicht so euphorisch ist Terwiel, *Modern Thailand*. Wichtig für die Frage von Thailands Reaktion auf die westliche Bedrohung ist Eric Cohen, Thailand, Burma and Laos – An Outline of the Comparative Social Dynamics of Three Theravada Buddhist Societies in the Modern Era, in: Eisenstadt, *Patterns of Modernity*, Bd. 2, S. 192-217. Zu den wichtigsten Grundmustern der Thailand-Historiographie Brown, *Élite*, S. 170-181 und Thongchai, *Siam Mapped*, S. 141-163.

⁴⁸ Riggs, *Thailand*, S. 113 f. Zu den wirtschaftlichen Fragen Ingram, *Economic Change*.

Beziehungen zu erhalten.⁴⁹ Wenn Siam so nicht die gleichen Imageprobleme hatte wie China, so konnte es andererseits nicht auf eine alte Hochkultur und eine komplexe bürokratische Organisation verweisen und erschien deshalb europäischen Beobachtern leicht als ein orientalisches Operettenfürstentum. Dieses Problems war sich die siamesische Regierung bewußt, weshalb sie schon früh ihre Politik darauf ausrichtete, das Bild eines nach westlichen Maßstäben zivilisierten Staates zu vermitteln – ein „public relations approach to international affairs“, bei dem es zunächst mehr auf das Image als auf Substanz ankam.⁵⁰

Die wichtigsten außenpolitischen Probleme Siams entstanden aus seiner Nachbarschaft zu zwei expansiven europäischen Kolonialmächten. Das britische Vorgehen gegen Burma, Siams Konkurrenten um die regionale Vorherrschaft, war in Bangkok zunächst nicht ungern gesehen worden, doch schon bald kam die Befürchtung auf, Großbritannien wolle eine direkte Verbindung zwischen Singapur und Burma schaffen und habe es deshalb auf den Südwesten Siams und die in einem Vasallitätsverhältnis zu Bangkok stehenden malaiischen Fürstentümer abgesehen. Ähnlich war die Situation im Osten, wo Siams eigene Expansionsbewegung durch das Zusammentreffen mit derjenigen Frankreichs zum Stillstand gekommen war. Hier konnte sich Siam die westlichen Provinzen Kambodschas im Austausch gegen seine Anerkennung des französischen Protektorats über dieses Königreich sichern – wie sich zeigen sollte, ein Erfolg von äußerst zweifelhaftem Wert. Bis in die 1880er Jahre war Siam kein direktes Ziel europäischer Kolonialexpansion; während die britischen Interessen sich auch im Rahmen einer informellen Vorherrschaft durchsetzen ließen, hielt sich Frankreich nach der Errichtung des kambodschanischen Protektorats wegen seines unpopulären mexikanischen Abenteuers und dann wegen der Niederlage im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 zunächst zurück.

Auch Siam mußte sich seit Mitte der 1880er Jahre mit aggressiveren Formen des Imperialismus auseinandersetzen.⁵¹ Aus der Annexion der noch unabhängigen Teile Burmas durch Großbritannien im Jahre 1885 ergab sich noch keine direkte Bedrohung; London hatte die siamesische Herrschaft über die nur lose von Bangkok abhängigen Gebiete Nordwestsiams bereits zwei Jahre zuvor anerkannt. Währenddessen bemühte sich Frankreich im Zusammenhang mit dem Versuch, über den Mekongfluß einen Handelsweg nach Südchina zu öffnen, sein Protektorat über Kambodscha in eine direktere Form der Herrschaft umzuwandeln. Die territoriale Ausbreitung der beiden mächtigen Nachbarn bestärkte Chulalongkorn

⁴⁹ Nicholas Tarling, *The Establishment of the Colonial Régimes*, in: *CHSEA* 2, S. 5-78, hier 47.

⁵⁰ Walter F. Vella, *Chaiyo! King Vajiravudh and the Development of Thai Nationalism*, Honolulu 1978, S. 25 (Zitat); s.a. Terwiel, *Modern Thailand*, S. 250.

⁵¹ Siehe hierzu Nigel Brailey, *The Scramble for Concessions in 1880s Siam*, in: *Modern Asian Studies* 55 (1999), S. 523-549; ders., *Protection or Partition: Ernest Satow and the 1880s Crisis in Britain's Siam Policy*, in: *Journal of Southeast Asian Studies* 29 (1998), S. 63-85; Brötel, *Frankreich*; Pensri (Suvanij) Duke, *Les Relations entre la France et la Thaïlande (Siam) au XIX^e siècle d'après les archives des affaires étrangères*, Bangkok 1962; Chandran Jeshurun, *The Contest for Siam, 1889-1902: A Study in Diplomatic Rivalry*, Kuala Lumpur 1977; Patrick J. Tuck, *The French Wolf and the Siamese Lamb: The French Threat to Siamese Independence, 1858-1907*, Bangkok 1995.

in der Ansicht, daß sein Land eine effiziente, einheitliche, zentralistisch organisierte Verwaltung und Führung brauchte und daß die losen Verbindungen zu den Provinzen gestrafft werden mußten, wenn diese nicht nach und nach an die benachbarten Kolonialreiche verlorengehen sollten. In genauer Kenntnis der Mechanismen kolonialer Expansion war ihm und seinen jungen Ratgebern bewußt, daß die Existenz eines von Bangkok aus nicht kontrollierten Niemandslandes geradezu eine Einladung zur Annexion darstellte und überdies dazu ausgenutzt werden konnte, Siam als unfähig zur Herrschaftsausübung darzustellen.⁵² Die siamesischen Reformbemühungen konzentrierten sich deshalb anders als diejenigen Chinas nicht auf Industrie und Militär, sondern auf Regierung, Verwaltung und Justiz.

Das Abtreten der Generation seines Vaters in den 1880er Jahren erleichterte es Chulalongkorn, seine Modernisierungspläne durchzusetzen. Um die äußeren, vom Vordringen Englands und Frankreichs bedrohten Provinzen und Vasallenstaaten fester an Bangkok zu binden und die zur Modernisierung von Verwaltung und Infrastruktur benötigten Ressourcen zu mobilisieren, wurde die Neuordnung und Zentralisierung von Verwaltung und Steuererhebung in den Provinzen in Angriff genommen; Telegraphenlinien wurden gebaut und Kanäle gegraben, die sowohl der Erschließung neuen Ackerlandes als auch als Transportwege dienen sollten; unter dem preußischen Baurat Bethge entstand eine Eisenbahnverwaltung, die die Konzession für eine Linie von Bangkok nach Khorat im von Frankreich bedrohten Nordosten des Landes einem englischen Konzessionär übertrug.

Währenddessen experimentierte man in Bangkok mit den Strukturen einer funktional differenzierten Verwaltung mit klar definierten Zuständigkeiten. Die Grundelemente der Reform der Institutionen Siams, ein Plan zur Reorganisation der Provinzialverwaltung und zur Einführung einer Kabinettsregierung, wurden Ende der 1880er Jahre von Chulalongkorn und seinen Brüdern, vor allem den Prinzen Damrong (Innenminister von 1892 bis 1915) und Devawongse (Außenminister 1885-1917), ausgearbeitet. 1892 entschloß sich Chulalongkorn, den Regierungsapparat von Grund auf umzubauen und das nach europäischem Muster aus Fachministern gebildete Kabinett, mit dem seit 1888 experimentiert wurde, offiziell einzuführen. Auf diese Weise hoffte er, ein Instrument zur Konkretisierung und Umsetzung seiner Reform- und Zentralisierungspolitik in die Hand zu bekommen. Gleichzeitig wurde mit dem ehemaligen belgischen Innenminister und bekannten Völkerrechtler Gustave Rolin-Jaequemyns ein angesehener europäischer Berater engagiert, der eng mit Chulalongkorn und Devawongse zusammenarbeitete.⁵³

Doch schon ein Jahr später zeigte sich in der „Siam-Krise“, daß die Einführung westlicher Formen allein noch keinen Fortschritt bedeutete. Als Frankreich von Bangkok die Abtretung aller siamesischen Gebiete östlich des Mekong verlangte, zeigte sich das Kabinett orientierungslos. Siam hoffte darauf, daß die Pari-

⁵² Darin zeigt sich auch die Übernahme einer europäischen Konzeption von Grenze und Staatsgebiet. S. zu diesem Prozeß Thongchai, *Siam Mapped*.

⁵³ Zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Siam: Bunnag, *Provincial Administration*; David M. Engel, *Law and Kingship in Thailand During the Reign of King Chulalongkorn*, Ann Arbor 1975; Siffin, *Bureaucracy*.

ser Regierung vor offen rechtswidrigem Vorgehen zurückschrecken oder von Großbritannien zurückgehalten werden würde; beide Erwartungen wurden enttäuscht. Nach dem gescheiterten Versuch, französische Kanonenboote an der Fahrt nach Bangkok zu hindern, mußte Siam einlenken, die umstrittenen Gebiete abtreten, eine Kriegsentschädigung zahlen und Frankreich die Schutzherrschaft und Gerichtsbarkeit über die zahlreichen in Siam lebenden Personen übertragen, die aus den französischen Gebieten Laos, Kambodscha oder Vietnam stammten.⁵⁴ Das französische Vorgehen stürzte Siams fragiles Regierungssystem in eine tiefe Krise. Die Unterstützung, die man sich aus London erhofft hatte, war ausgeblieben, und das Verhältnis zu Frankreich blieb gespannt. In Großbritannien war man sich nicht länger sicher, ob Siam in seinem jetzigen Zustand überlebensfähig war oder ob man nicht eine Aufteilung des Landes anstreben sollte anstelle zu riskieren, daß es ganz von Frankreich annektiert würde.⁵⁵ Seit der Annahme des französischen Ultimatums schien das Land ohne Führung dahinzutreiben.

Die Aufmerksamkeit der Europäer konzentrierte sich zu diesem Zeitpunkt jedoch schon auf China und seine Auseinandersetzung mit Japan.⁵⁶ Hier hatten die Briten, die Spannungen der Siam-Krise noch vor Augen, zunächst die Mächte aufgerufen, gemeinsam einen Vermittlungsversuch zu unternehmen, jedoch keinerlei Unterstützung gefunden. Erst als das Ausmaß der japanischen Überlegenheit deutlich wurde, fühlte sich Rußland in seinen eigenen Expansionsplänen in Ostasien bedroht und regte ein Eingreifen an. Diesem Vorschlag schlossen sich Frankreich und das Deutsche Reich an, nachdem die japanischen Friedensbedingungen bekannt geworden waren (neben einer Kriegsentschädigung und der Abtretung Formosas forderte Japan auch die Abtretung der Liaodong-Halbinsel, von wo aus japanische Truppen in kürzester Zeit hätten Peking erreichen können). Diese Forderung lief russischen Interessen zuwider; Frankreich schloß sich den Protesten seines Verbündeten an, um die noch junge Allianz nicht zu belasten und weil die bisherige französische Chinapolitik ohnehin keine zufriedenstellenden Resultate erbracht hatte; das Deutsche Reich entschloß sich aus einer Mischung strategischer und wirtschaftlicher Motive zum Mitmachen: neben der Sicherung des Chinamarktes vor unerwünschter Konkurrenz ging es ihm darum, eine praktische Bewährung der französisch-russischen Allianz zu verhindern. Großbritannien dagegen zeigte kein Interesse mehr an einer Intervention: zum einen hatte man sich bereits überzeugt, daß die handelspolitischen Ziele, die Japan in Friedensverhandlungen mit China durchsetzen wollte, auch im britischen Interesse lagen, zum anderen hoffte Premierminister Rosebery, durch demonstrati-

⁵⁴ Der Vertrag ist abgedruckt in: Ministère des Affaires Étrangères (Hg.), *Documents Diplomatiques: Affaires de Siam, 1893-1902*, Paris 1902, S. 1 ff. Zum französisch-siamesischen Verhältnis Tuck, *French Wolf and Duke, Relations*. Zur Siam-Krise auch Jeshurun, *Contest for Siam* und Jost Dülffer/Martin Kröger/Rolf-Harald Wippich, *Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg, 1865-1914*, München 1997, Kapitel 21.

⁵⁵ Jeshurun, *Contest for Siam*, S. 110-120.

⁵⁶ Zum folgenden: Brötzel, *Frankreich*, S. 350 ff.; Ratenhof, *Chinapolitik*, S. 126, S. 138 ff., S. 140; Rolf-Harald Wippich, *Japan und die deutsche Fernostpolitik 1894-1898*, Stuttgart 1987, S. 129-160; Leonard K. Young, *British Policy in China, 1895-1902*, Oxford 1970, S. 16 f.

ve Zurückhaltung die dem *status quo* und damit der britischen Vormachtstellung abträgliche kompetitive Atmosphäre abkühlen zu können. So blieb es dem „Fernöstlichen Dreibund“ überlassen, Japan zur Herausgabe der Liaodong-Halbinsel gegen eine Aufstockung der Kriegsentschädigung zu bewegen und sich dadurch Ansprüche auf die Dankbarkeit Pekings zu erwerben.⁵⁷

Damit standen 1895 sowohl Siam als auch China vor der Notwendigkeit eines Neuanfangs. Chinas Ansätze militärisch-industrieller Modernisierung waren an mangelnder Einsicht in die Notwendigkeit institutioneller Veränderungen gescheitert, während Siams späte Bemühungen, Regierungs- und Verwaltungssystem nach westlichem Muster umzugestalten, sich in der Einführung neuer Formen erschöpft hatten, die nicht effizienter arbeiteten als die hergebrachten Institutionen. In beiden Ländern hatten der Mangel an Kapital und an technisch und organisatorisch gebildetem Personal den Reformen ebenso im Wege gestanden wie das Interesse von Eliten am Erhalt des gesellschaftlichen *status quo*.

Diesen Problemen hatten sich Siam und China aber auf unterschiedlicher Grundlage zu stellen. Die chinesischen Führungsschichten legten einen dem der Europäer gleichkommenden kulturellen Hochmut an den Tag; westliche Neuerungen sollten auf den Bereich praktischer Anwendungen beschränkt bleiben, während soziale, politische, intellektuelle Veränderungen von vornherein ausgeschlossen wurden. Schließlich konnte China bis zu einem gewissen Grade Ineffizienz und passiven Widerstand als Verteidigungswaffen einsetzen – eine Politik, die Siam verschlossen war, da sie die Aufteilung des Landes zwischen Großbritannien und Frankreich zur Folge gehabt hätte. Siams politische Führung war aufgeschlossener und flexibler als diejenige in Peking und erkannte frühzeitig die Notwendigkeit, Informationen über Europa und seine politischen Strömungen zu sammeln und zu nutzen. Siam kam zu einem Arrangement mit europäischen Interessen, als Europas Machtmittel noch begrenzt waren und die um die Jahrhundertmitte herrschende Vorliebe für Freihandel und informelle Abhängigkeitsverhältnisse ihren Einsatz zusätzlich beschränkte.⁵⁸ Schon früh richtete die siamesische Regierung ihre Politik darauf aus, das Bild eines nach westlichem Maßstab zivilisierten Staates zu vermitteln. Erfolgreich war diese Taktik so lange, wie europäische Interessen prinzipiell mit der Unabhängigkeit und territorialen Integrität Siams in Einklang zu bringen waren.

Sowohl Siam als auch China gegenüber zeigten die europäischen Mächte im Verlaufe des Jahrhunderts eine immer deutlichere Geringschätzung und eine immer größere Neigung zu gewaltsamem Vorgehen. Immer ausführlicher wurden

⁵⁷ Der Friedensvertrag ist wie alle anderen China betreffenden Verträge zugänglich bei John V.A. MacMurray, *Treaties and Agreements with and Concerning China, 1894-1919*, 2 Bde., New York 1921.

⁵⁸ Überdies erblickte der Hof in westlichen Formen der Verwaltung ein Mittel, seine Macht im Lande auszuweiten, und gab es kein geschlossenes philosophisches Weltbild wie den chinesischen Konfuzianismus, das dem siamesischen Adel sein über unmittelbare persönliche Belange hinausgehendes Interesse am *status quo* verdeutlicht hätte. S.a. Cohen, Thailand, Burma and Laos; Schrecker, *Chinese Revolution*, S. 85; William J.F. Jenner, *Chinas langer Weg in die Krise. Die Tyrannei der Geschichte*, Stuttgart 1993.

Stagnation und Verfall Asiens geschildert, immer ungeduldiger Forderungen nach einer allerdings kaum je genauer umschriebenen Modernisierung erhoben – eine Modernisierung, in die weiterhin große wirtschaftliche Hoffnungen gesetzt wurden.⁵⁹ Je größer die westliche Überlegenheit wurde – neben Neuerungen wie moderner Waffentechnik, dem Dampfschiff, dem Telegraphen, dem Suezkanal etc. ist auch die größere Verfügbarkeit von nun in kolonialen Basen konzentrierten Machtmitteln zu bedenken –, desto inadäquater erschienen die Reformbemühungen in China und in Siam. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatten sich die Ziele der europäischen Vormacht Großbritannien – Freihandel und Rechtssicherheit – noch im Rahmen einer informellen europäischen Vorherrschaft mittels partieller Abtretung von Souveränität in ungleichen Verträgen und punktueller Intervention erreichen lassen. Dies wurde seit den 1880er Jahren zunehmend schwieriger, als andere Mächte, allen voran Frankreich, direkt nach territorialem Zugewinn zu streben begannen und gleichzeitig Siam und China weniger denn je in der Lage schienen, sich in den Weltmarkt und in das europäisch dominierte internationale System einzugliedern. Mit dem Ende des chinesisch-japanischen Krieges galten die asiatischen Staaten, soweit nicht ohnehin unter europäische Herrschaft gekommen, als die *sick men* der internationalen Politik, deren Schicksal zu einer neuen, alle Großmächte auf den Plan rufenden diplomatischen „Frage“ geworden war. Damit war die Grundlage für diplomatische Rivalität und für andere, stärkeres machtpolitisches Engagement erfordernde Formen des Imperialismus geschaffen. Die Zeit bis 1914 verging mit einem Prozeß des *learning by doing* imperialistischer Kontrolle und Ausbeutung, in dem, wie schon John A. Hobson konstatierte⁶⁰, praktisch alle möglichen Formen westlicher Vorherrschaft ausprobiert wurden. Dabei lassen sich auch die unterschiedlichsten Haltungen und Verhaltensweisen zum Problem der Modernisierung Siams und Chinas beobachten.

⁵⁹ Brötzel, *Frankreich*, S. 315 ff.; Jacobs, *Reisen und Bürgertum*, S. 162, 194, 200; Pelcovits, *Old China Hands*, Kap. 6; Ratenhof, *Chinapolitik*, S. 111.

⁶⁰ John A. Hobson, *Der Imperialismus*, hg. v. H.-C. Schröder nach der zweiten Auflage (London 1905), Köln/Berlin 1968, S. 260.

KAPITEL I

China 1895-1900: Chinapolitik im Zeichen der Jagd nach Konzessionen

Mit dem Abschluß des chinesisch-japanischen Friedensvertrages im Mai 1895 waren nicht nur für China neue und schwierigere Zeiten angebrochen, auch die Europäer sahen sich vor eine neue Situation gestellt. Viele sahen die Niederlage Chinas als eine Chance, den Traum der kommerziellen Öffnung des Landes mit seinen „four hundred million customers“ zu verwirklichen und es mit Eisenbahnlinien zu überziehen, die europäische Waren in den letzten Winkel bringen und die Erschließung profitabler Bergwerke ermöglichen würden. Solche Ziele mußten nun allerdings unter veränderten politischen Bedingungen verfolgt werden – an die Stelle der alten *cooperative policy* trat ein wesentlich kompetitiveres System, in dem nach ihrer erfolgreichen Intervention zugunsten Chinas mit Rußland und Frankreich zwei Mächte mit ganz und gar nicht freihändlerischer Tradition das Ohr der Peking Regierung hatten. Auf welche Weise versuchten Briten, Deutsche und Franzosen, nachdem der Hochimperialismus nun auch China erfaßt hatte und Modernisierung auf der Tagesordnung zu stehen schien, ihre Interessen durchzusetzen und die beginnenden Modernisierungsbemühungen zu beeinflussen?

1. Reformbestrebungen in China, 1895-1900

Für die europäischen Mächte war 1895 eine neue diplomatische „Frage“ entstanden, die man, wie auch immer die Lösung letztlich aussehen würde, mit den bewährten Mitteln auf Kosten Dritter zu regeln hoffte. China dagegen stand, in der Rolle eben dieses Dritten, vor einer ernsteren Herausforderung. In der Tat war die Niederlage das Signal für die Entstehung einer neuen Reformbewegung, die die Anstrengungen der Selbststärkungsbewegung als zu oberflächlich verwarf und tiefgreifende Veränderungen forderte. Die über 1 300 Kandidaten, die sich 1895 zu den alle drei Jahre stattfindenden höchsten Gelehrtenprüfungen des Landes in Peking versammelt hatten, richteten gemeinsam eine Eingabe an den Kaiser, in der sie weitreichende institutionelle Reformen forderten. In dieser Bewegung verband sich Unzufriedenheit mit der wachsenden Ineffizienz und Korruption in der Verwaltung und der Unmöglichkeit, oppositionellen Ideen Gehör zu verschaffen, mit der Überzeugung, China müsse nicht nur westliche Techniken, sondern zum Teil auch westliche Ideen und Institutionen übernehmen, um seine Unabhängigkeit erhalten zu können. Im Anschluß entwickelte sich zum ersten Male eine politische Diskussion außerhalb von Beamtenkreisen und ein reformistisches Schrifttum, das dafür sorgte, daß die hier vertretenen Forderungen nicht mehr aus dem politischen Leben verschwanden. Eine Zeitlang wurde die

politische Debatte nicht mehr zwischen Konservativen und Reformern, sondern zwischen moderaten und radikalen Reformern geführt, die sich alle auf die Maxime der japanischen Meiji-Reformen, „reiches Land, starke Armee“, beriefen.¹

Die Petition von 1895 legte den Standpunkt der radikalen Reformen um Kang Youwei und Liang Quichao dar. Es gelang Kang, der sich neben einer Karriere als unorthodoxer konfuzianischer Gelehrter auch mit von Missionaren eingeführten westlichen Ideen beschäftigt hatte, diese Ideen in eine Interpretation des Konfuzianismus zu integrieren und sie auf diese Weise weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Er versuchte zu zeigen, daß auch schon Konfuzius institutionelle Reformen als Mittel zur Abstellung offenkundiger Mißstände befürwortet hatte. Konkret stellte Kang Reformforderungen, wie sie im Milieu der fortschrittlich eingestellten Intellektuellen der beginnenden 1890er Jahre gängig waren: Großer Wert wurde auf Neuerungen im Bildungsbereich gelegt, wo an die Stelle der ausschließlich literarischen Ausbildung des traditionellen Bildungssystems eine am japanischen Vorbild orientierte spezialisierte, mehr technisch, kommerziell und wissenschaftlich orientierte treten sollte. Die Reformen bewunderten die nationale Geschlossenheit westlicher Staaten, die sie auf das Mitspracherecht zurückführten, das den Europäern in politischen Dingen durch die Verfassungen ihrer Vaterländer eingeräumt wurde. Durch die Einführung einer konstitutionellen Monarchie hofften sie, auch die Einwohner Chinas enger an den Staat und den Thron binden und eine patriotische Bewegung zur Verteidigung von Chinas Souveränität und Kultur ins Leben rufen zu können. Der Fehler der Selbststärkungsbewegung, so Kangs Schüler Tan Sitong, sei es gewesen, ohne dieses institutionelle „Wurzelwerk“ bloß die „Zweige und Blätter“ westlicher Techniken übernehmen zu wollen.² Zweck dieser Modernisierung war für Kang und seine Mitstreiter nicht mehr eine pragmatisch verstandene Abdrängung der Eindringlinge an die Peripherie des Reiches, sondern die Verteidigung der nunmehr im Sinne des westlichen Völkerrechts definierten staatlichen Souveränität Chinas.

Auch gemäßigte Reformen, die wie der Generalgouverneur der Provinzen Hubei und Hunan, Zhang Zhidong, vor allem an einer effizienteren industriellen und militärischen Modernisierung interessiert waren, hatten nach der Niederlage von 1895 größeren Spielraum. Diese Kräfte, die hauptsächlich in den Rängen der Beamtenschaft zu finden waren, legten verständlicherweise mehr Wert auf eine

¹ Hierzu und zum folgenden: Hao Chang, *Intellectual Change and the Reform Movement, 1890-98*, in: *CHC* 11, S. 274-338; Ch'en, *China and the West*, S. 272; John E. Schrecker, *The Reform Movement of 1898 and the Ch'ing-i: Reform as Opposition*, in: Paul A. Cohen/John E. Schrecker (Hg.), *Reform in Nineteenth-Century China*, Cambridge, Mass./London 1976, S. 289-305; ders., *The Reform Movement, Nationalism, and China's Foreign Policy*, in: *Journal of Asian Studies* 29 (1969), S. 43-53. Der Text der Eingabe Kangs ist dokumentiert bei Bernd Eberstein *et al.*, Kang Youweis „Eingabe der Prüfungskandidaten“. Ein Dokument der Reformbewegung, in: *Oriens extremus* 27 (1980), S. 33-54, 155-182.

² Zit. n. Su-yü Teng/John K. Fairbank (Hg.), *China's Response to the West: A Documentary Survey, 1839-1923*, Cambridge, Mass./London 1954, S. 159. Zu Kang Youwei und seinen Reformvorschlägen Hsiao Kung-chuan, *A Modern China and a New World: K'ang Yu-wei, Reformer and Utopian, 1858-1927*, Seattle/London 1975, v.a. S. 193-406; Chi Wen-Shun, *Ideological Conflicts in Modern China: Democracy and Authoritarianism*, New Brunswick 1992, S. 11-46.

von oben kontrollierte und gelenkte Reform und standen Ideen wie Konstitutionalismus und „Rechten des Volkes“ mehr als skeptisch gegenüber. Doch die gemeinsame Überzeugung vom Scheitern der Selbststärkungsbewegung und von der Notwendigkeit, die Bevölkerung enger an den Thron zu binden, einte gemäßigte und radikalere Reformer und ermöglichte es den beiden Gruppen, bei der Verwirklichung gemeinsamer Nahziele zusammenzuarbeiten. In der Petition von 1895 war Zhang als positives Beispiel herausgestellt worden; nach dem Friedensschluß reichte Zhang nun selbst eine Reihe von Memoranda ein, in denen er die Ausweitung der begonnenen militärischen und industriellen Anstrengungen und den Bau von Eisenbahnlinien forderte; daneben widmete er sich weiterhin seinem Eisenwerk in Hanyang und versuchte in Nanjing, wo er zeitweise den Generalgouverneur vertrat, moderne Schulen und, mit Hilfe deutscher Instrukteure, moderne Truppen aufzubauen.³ Ein breites Spektrum an reformistischen Positionen wurde auch in den überall aus dem Boden schießenden Diskutier- und Studiengesellschaften vertreten, in denen hohe Beamte genauso zu finden waren wie radikale Intellektuelle ohne Position in der Beamtenhierarchie.

In Peking konnten die Reformer allerdings kein Gehör finden, weshalb sich ihre Aktivität zunächst auf die Provinzen konzentrierte. Kang Youwei und einige seiner Anhänger gingen nach Hunan, wo sie an einer von Zhang Zhidong finanzierten Akademie unterrichteten und unter der Gentry für ihre Ideen warben.⁴ Gentry und hohe Provinzbeamte erwärmten sich für Neuerungen wie Dampfschiffe, Telegraphen und Eisenbahnen und für die Integration wissenschaftlicher Fächer in den traditionellen Bildungskanon, zeigten jedoch wenig Neigung, sich den Ideen der radikaleren Reformer, die die gesellschaftliche Ordnung in Frage stellten, zu öffnen. Die von Beamten und lokalen Eliten betriebenen Reformen standen in der Kontinuität der Selbststärkungsbewegung und sollten die den Interessen dieser beiden Gruppen nützliche soziale und politische Ordnung stützen. So kam es denn auch bald zu Konflikten zwischen radikaleren Reformern und den Beamten, die sie zunächst protegiert hatten.

Die Wegnahme der Bucht von Jiaozhou durch Deutschland Ende 1897 und die darauf folgenden Forderungen der anderen Mächte an China bestärkten zahlreiche Intellektuelle in der Auffassung, China müsse viel weitreichendere Veränderungen als bisher angenommen ins Auge fassen, um als unabhängiger Staat überleben zu können. Anfang 1898 entwickelte sich auch das Meinungsklima in Peking zugunsten der Reformer. Kang Youwei erhielt die Gelegenheit, seine Ideen dem Zongli Yamen (d.h. dem Gremium, das als Außenministerium fungierte) vorzutragen, wobei er Modernisierung von oben nach dem Vorbild Peters des Großen und des japanischen Meiji-Kaisers verlangte. Er wurde aufgefordert, seine Ideen niederzuschreiben und dem Kaiser vorzulegen. Auf Vorschlag anderer Beamter wurde eine Reihe von Edikten erlassen, die sich mit der Reform der

³ Daniel H. Bays, *Chang Chih-tung and the Issues of a New Age, 1895-1909*, Ann Arbor 1978, S. 10-32; Teng/Fairbank, *China's Response*, S. 166 ff.; Gérard an Hanotaux, 20.8.1895, MAE CP Chine 91; O'Connor an Salisbury, 28.8.1895, FO 17/1238.

⁴ Zum folgenden Charlton M. Lewis, *The Hunanese Elite and the Reform Movement, 1895-1898*, in: *Journal of Asian Studies* 29 (1969), S. 35; Bays, *Chang Chih-tung*, S. 26 ff.; Esherick, *Reform and Revolution*, S. 13 ff.

Beamtenprüfungen befaßten.⁵ In weiteren Edikten beklagte der Kaiser Korruption, Obstruktion und Inkompetenz in der Verwaltung, die alle Reformanstrengungen seit dem letzten Krieg zunichte gemacht hätten. Er forderte umfassende Reformen in Wirtschaft, Bildung, Militär und Verwaltung, die sich „nicht auf die Oberfläche und Äußerlichkeiten beschränken“ dürften; den bislang stets ernst genommenen Einwand der Konservativen, bestehende Einrichtungen müßten bestehen bleiben, bezeichnete er als „leeres Gerede“.⁶ Neben einer Universität wurde auch eine Bergbaubehörde gegründet, die die Erschließung der Bodenschätze des Landes unter einheimischer Leitung in Angriff nehmen sollte. Damit machte sich der Hof zum ersten Mal konsequent reformistische Ideen zu eigen. Dies ging zwar kaum über das Programm der Selbststärkungsbewegung hinaus, war aber immerhin die erste eindeutige Stellungnahme aus Peking zugunsten einer gemäßigten Modernisierungspolitik und schien die Aussicht auf koordinierte und von oben geförderte Reformmaßnahmen zu eröffnen.

Doch dem Reformeifer des Kaisers wurde nur hundert Tage lang freie Hand gelassen; dann nahm ihn seine Tante Cixi wieder unter ihre Vormundschaft, unter der er schon während seiner Minderjährigkeit gestanden hatte. Verantwortlich für den Staatsstreich war eine Koalition all derjenigen, die sich durch die Reformen und das offensichtliche Bestreben des Kaisers, sich neue Ratgeber zu suchen, bedroht sahen. Der größte Teil der Reformedikte wurde nun zurückgenommen; sechs der Anhänger Kangs wurden hingerichtet. Kang selbst konnte sich mit britischer Hilfe retten; auch die Todesstrafe des ehemaligen chinesischen Gesandten in London und Leiters der Bergbaubehörde, Zhang Yinhuan, wurde nach Protesten der britischen Gesandtschaft in eine Verbannung umgewandelt.⁷

Im Jahre 1898 wurden die Eingriffe der Mächte in Chinas Souveränität immer umfassender, verschlechterte sich die innere und finanzielle Lage des Landes zusehends, waren – erst recht seit dem Staatsstreich – keine Anzeichen für eine Regeneration aus eigener Kraft mehr zu erkennen. Nach der Hinrichtung führender Reformen wurde die Einführung moderner Wissenschaften und europäischer Sprachen in den Bildungskanon genauso rückgängig gemacht wie die Abschaffung von Sinekuren. Das neugegründete Handelsministerium wurde wieder geschlossen, und die Bergbaubehörde stellte nach der Verbannung Zhang Yinhuan ihre Arbeit wieder ein. Dennoch beruhigte sich die Lage in Peking zunächst, wenn auch eine Verbesserung nicht in Sicht schien. Unter dem Einfluß von Staatsmännern wie dem alten Li Hongzhang erkannte die Kaiserin-Regentin die Notwendigkeit, die gemäßigten Reformen und die europäischen Mächte nicht vor den Kopf zu stoßen und bekundete ihre Unterstützung für eine vorsichtige Re-

⁵ Hierzu und zum folgenden Luke S. K. Kwong, *A Mosaic of the Hundred Days: Personalities, Politics, and Ideas of 1898*, Cambridge, Mass./London 1984, S. 132 f., 151-174.

⁶ Zit. n. der Übersetzung der deutschen Gesandtschaft in Heyking an Hohenlohe, 22.7.1898, AA China 1/42.

⁷ Kwong, *Hundred Days*, S. 203-208; MacDonald an Salisbury, 28.9.1898, FO 17/1336; MacDonald an Bertie, 2.10.1898, FO 800/162. Zur konservativen Opposition gegen die „Hundert Tage“ siehe Sabine Nagata, *Untersuchungen zum Konservatismus im China des späten 19. Jahrhunderts: Dokumentation zur Reaktion gegen K'ang Yu-wei*, Wiesbaden 1978.

formpolitik. Außerhalb der chinesischen Hauptstadt entwickelte sich die Lage dagegen weniger vielversprechend. Das Vorgehen der Mächte gegen China hatte große Teile der Bevölkerung und der Beamten gegen die Fremden aufgebracht; zudem fehlte es überall an Geld, drohten Übergriffe der immer wieder neuen Steuern unterworfenen Bevölkerung und nicht bezahlter Truppen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung bot den Nährboden für die *Yihetuan*-Bewegung, die als die „Boxer“ in die Geschichte eingehen sollten. Reformprojekte wurden von Seiten chinesischer Beamter, die sich nicht in den Verdacht der Nähe zu den Anhängern Kang Youweis bringen wollten, verständlicherweise nicht mehr vorgetragen oder betrieben.

2. Hoffnung auf einen Neuanfang: die Europäer und die wirtschaftliche Modernisierung Chinas, 1895-97

Auf Seiten der Mächte lassen sich in den ersten Jahren nach 1895 zahlreiche verschiedene Chinastrategien ausmachen. Allen gemeinsam war das Bemühen, aus der Modernisierung Chinas, die nun anzustehen schien, wirtschaftliche oder strategische Vorteile zu schlagen. Die Regierungen und Gesandtschaften Frankreichs und Deutschlands bemühten sich nun unter Ausnutzung von Chinas Schwäche energisch darum, eine in Heller und Pfennig oder in Quadratkilometern meßbare Bekundung der chinesischen Dankbarkeit zu erringen. Sie hatten mit der Tripel-Intervention die Initiative an sich gezogen und konnten versuchen, ihre Ziele mit neuen Mitteln zu erreichen. Frankreich hoffte auf eine „dauerhafte Anlehnung Chinas an die franco-russische Allianz“, in deren Rahmen auch die bislang fehlgeschlagenen Versuche, die französische industrielle und kommerzielle Präsenz in China auszubauen, zum Erfolg gebracht werden sollten. Das Deutsche Reich wollte zunächst an die bisherigen Erfolge auf dem Gebiete der Rüstungsexporte anknüpfen und vom erwarteten Ausbau des chinesischen Bahnnetzes profitieren. Bald nachdem es mit seinem Auftreten gegen Japan die Bereitschaft zu einer aktiveren Fernostpolitik zu erkennen gegeben hatte, suchte es auch schon, dieser Politik durch den Erwerb eines Marinestützpunktes eine Grundlage und einen publikumswirksamen Ausdruck zu geben.⁸

Großbritannien, das durch sein Abseitsstehen auf einen Schlag von der ersten zur letzten Macht in Peking geworden war, sah zunächst keine Möglichkeit zum Handeln und wollte auch nicht durch überstürzte Aktionen die Lage noch verschlimmern. Lord Salisbury, der im Juli das Amt des Premier- und Außenministers übernahm, hielt die Chinaintressen für im Gesamtzusammenhang der britischen Außenpolitik sekundär und beurteilte zudem die Handlungsmöglichkeiten der Konkurrenten wesentlich zurückhaltender, als diese selbst es taten. Trotz der französischen und russischen Anstrengungen weigerte sich die britische Politik lange, das Anbrechen des Zeitalters der Wirtschaftsdiplomatie in China

⁸ Brötel, *Frankreich*, S. 361, 367; Ratenhof, *Chinapolitik*, S. 140 ff., 148 ff.; Wippich, *Fernostpolitik*, S. 129-160.

zur Kenntnis zu nehmen. Die britischen Chinakaufleute schließlich sahen in der Niederlage Chinas vor allem die Chance zur weiteren Öffnung des Landes und zur Durchsetzung finanzieller und administrativer Reformen, die sie schon lange gefordert hatten.⁹ Im folgenden soll dargestellt werden, welche Strategien die einzelnen Mächte in dieser frühen Phase verfolgten, um bei der industriellen Modernisierung Chinas auf ihre Kosten zu kommen.

a) Frankreich und die industrielle Modernisierung Chinas

Frankreich, das sich zunächst nur unwillig der Intervention seines russischen Verbündeten angeschlossen hatte, bemühte sich von den drei Mächten am energischsten und kurzfristig auch am erfolgreichsten darum, von dem erwarteten Interesse Chinas an der Entwicklung seiner Infrastruktur und der Erschließung seiner Ressourcen, die ja auch in den Programmen der chinesischen Reformen immer wieder gefordert worden waren, zu profitieren. Der beabsichtigte chinapolitische Neuanfang sollte sowohl eine geographische Verlagerung des Interesses in die an Indochina angrenzenden Gebiete als auch eine konsequente Ausnutzung der durch die Intervention gewonnen politischen Stellung beinhalten.¹⁰

Der französische Gesandte A. Gérard war ein sensibler Beobachter und einer der ersten – zusammen mit Robert Hart, der natürlich eine intime Kenntnis der chinesischen Innenpolitik besaß –, die feststellten, daß auf einen grundlegenden Neuanfang in China noch nicht zu rechnen war: „La Chine est encore trop voisine des événements [de la guerre], elle sent ses ressources trop faibles, elle a un trop grand besoin de repos et d'oublier pour que l'ère des réformes puisse dès maintenant s'ouvrir.“¹¹ Anders als die Briten, die chinesischen Reformern unterstellten, sie strebten eine weitgehende Verwestlichung und eine pro-westliche Außenpolitik an, oder der deutsche Diplomat M. v. Brandt, der Reformpolitik bloß als ein Mittel von Machtkämpfen und Korruption schilderte, erfaßte Gérard deutlich die Motivation der Reformen:

„tous, en même temps qu'accessibles aux idées nouvelles, restent profondément chinois et décidés à ne laisser les nouveautés s'introduire que sous le patronage et la direction de la Chine même, ... la participation de l'étranger n'étant acceptée que dans les limites où elle est indispensable.“¹²

Gerade bezüglich industrieller und Bergbauunternehmungen sei diese Haltung ganz besonders ausgeprägt. Angesichts solcher Tendenzen verzichtete die französische Politik auf nicht durchsetzbare kategorische Forderungen und verlegte sich darauf, ein ausbaufähiges „privilege indéterminé“ bezüglich der Beteiligung an Chinas industrieller Modernisierung zu erringen. Gérard hat dies selbst so ausgedrückt:

⁹ E.W. Edwards, *British Diplomacy and Finance in China, 1895-1914*, Oxford 1987, S. 17-19; Pelcovits, *Old China Hands*, S. 166-181; Young, *British Policy*, S. 25, 29, 39 ff.; John Gooch, *The Weary Titan: Strategy and Policy in Great Britain, 1890-1918*, in: Williamson Murray/MacGregor Knox/Alvin Bernstein (Hg.), *The Making of Strategy: Rulers, States and War*, Cambridge 1994, S. 278-306, hier v.a. 279.

¹⁰ Lee, *France*, S. 147 f.

¹¹ Gérard an Hanotaux, 24.7.1895, MAE CP Chine 91.

¹² Gérard an Berthelot, 26.11.1895, MAE CP Chine 92.

„La Chine ... n'est pas le pays des programmes. C'est le pays de l'exécution lente, par rallonges, je dirais presque, par agglutination, ce dernier procédé étant celui de l'esprit chinois comme de la langue chinoise. Le premier jalon, le premier rail une fois posé, le reste suit.“¹³

Aus diesem Grunde gab sich Gérard immer wieder mit vagen Versprechungen zufrieden in der Erwartung, daß Chinas Bedürfnisse und Frankreichs (v.a. finanzielle) Druckmittel am Ende schon ihre Wirkung täten. In Verhandlungen über eine neue französisch-chinesische Handelskonvention etwa gab Gérard nach dreitägigem Tauziehen die Klausel auf, nach der sich China bei allen Bergbauunternehmungen im Süden des Landes zunächst an französische Ingenieure und an die französische Industrie zu wenden habe, und akzeptierte die Formulierung: „Il est entendu que la Chine *pourra s'adresser d'abord* à des industriels et ingénieurs français.“ Dennoch war sich Gérard sicher, Frankreich habe sich durch die Intervention, die Anleihe und die Handelskonvention eine „situation hautement privilégiée“ im Bereich industrieller Lieferungen gesichert. „La France ... est prête à fournir à la Chine tout ce dont elle a besoin“, schloß er. Dies zog auch Außenminister Hanotaux nicht in Zweifel, doch er war mehr als verstimmt über die Änderung, die Gérard akzeptiert hatte, denn er hatte ein „engagement obligatoire pour la Chine“, sich an die französische Industrie zu wenden, festschreiben wollen.¹⁴

Auf der Wunschliste des Quai d'Orsay standen eine zweite Anleihe, Eisenbahnkonzessionen in Südchina, die Leitung der Reorganisation des einst mit französischer Hilfe eingerichteten Marinearsenals in Fuzhou, eine Kapitalbeteiligung an Zhang Zhidongs Eisenwerk in Hanyang und die Mitwirkung französischer Firmen am Bau der großen Hauptstrecken eines zukünftigen chinesischen Bahnnetzes. Noch im Sommer 1895 stellte Gérard erfreut fest: „il semble, à maint symptôme, qu'une sorte d'opinion se prononce peu à peu en Chine en faveur des chemins de fer.“ Sein britischer Kollege O'Connor war vorsichtiger; er schrieb über Zhangs Memoranda, die sich für den Eisenbahnbau aussprachen: „The importance consists rather in showing that the subject is under consideration than in the likelihood of the proposals being accepted at Peking at the present moment.“ Gérard erwartete jedenfalls, daß die Reformbemühungen Chinas beim Eisenbahnbau ihren Anfang nehmen würden, und zwar vermutlich an den Grenzen des Reiches. Ein wenig Druck könne allerdings schon nötig sein, um dieser Entwicklung zum Durchbruch zu helfen:

„La Chine n'est pas le pays, de l'initiative, de l'essor, de l'élan. Elle n'a pas les inspirations soudaines et les résolutions généreuses du patriotisme. Ce n'est que peu à peu, à grand'peine, et presque sous la pression de l'étranger, qu'elle se mettra à re-

¹³ Aufz. Bompard, 19.2.1896, MAE CP Chine 93; Gérard an Hanotaux, 29.4.1896, MAE NS Chine 192.

¹⁴ Gérard an Hanotaux, 4.6.1895, 12.6.1895, 17.6.1895; Hanotaux an Gérard, 13.6.1895, MAE CP Chine 90; Hanotaux an Gérard, 3.8.1895, MAE CP Chine 91; Brötel, *Frankreich*, S. 403 ff.; MacMurray, *Treaties*, S. 28 ff.

constituer ses forces, à refaire son outillage, à tenter partiellement quelque réforme.“¹⁵

Die Pläne der französischen Firma Fives-Lille zur Verlängerung der von ihr gebauten indochinesischen Bahn auf chinesisches Gebiet sollte Gérard schon bald in die Lage bringen, persönlich an der Verwirklichung seiner Voraussagen mitzuwirken. Obwohl der Nutzen einer solchen Bahnlinie bislang weder vom Standpunkt der französischen politischen Interessen noch vom rein wirtschaftlichen Standpunkte aus geprüft worden war, sollte Gérard diese vom Grenzzort Langson nach Longzhou führende Strecke zusammen mit einer französischen Beteiligung an dem Projekt einer Zentrallinie von Peking nach Hankou fordern. Die Chinesen reagierten jedoch zurückhaltend.¹⁶

Wenn Frankreich also bereit stand, China alles zu verkaufen, was es brauchte, so war China weder geneigt, sofort größere Einkäufe zu tätigen, noch wollte es sich dabei notwendigerweise an Frankreich wenden. Dies mußte Gérard nun erfahren, und in diesem Sinne berichtete er ausführlich nach Paris, um seine Mißerfolge bei der Jagd nach Konzessionen zu erklären. Er konstatierte:

„Il semble ... que la Chine s'éveille en effet peu à peu à la nécessité d'une réforme. Mais ... [elle] entend suivre, autant qu'elle peut, ses propres voies et ne pas abandonner à la tutelle de l'étranger l'œuvre de son relèvement ... Elle manifeste ... la ferme intention de se soustraire à tout protectorat et de sauvegarder son originalité morale autant que son indépendance politique.“¹⁷

Damit hatte der Gesandte in der Tat ein treffendes Bild der in Beamten- und Gelehrtenkreisen vorherrschenden Stimmung gezeichnet. Gérard, der sich offensichtlich in einer äußerst pessimistischen Gemütsverfassung befand, äußerte die Befürchtung, daß eine Politik, die in China Absatzmärkte für die Überproduktion Europas suchte, aufgrund dieser Haltung „Jung-Chinas“ zum Scheitern verurteilt sei. Sollte es hingegen doch gelingen, europäisches Kapital und europäische Industrien nach China zu bringen, so müßte es zu furchtbaren Rivalitäten unter den Großmächten kommen. China würde entweder als Staat ausgelöscht werden oder aber zu einer neuen industriellen Weltmacht aufsteigen. Auch an anderer Stelle äußerte Gérard seine Befürchtungen bezüglich einer zukünftigen industriellen Entwicklung Chinas, die zu verhindern im Interesse Europas liege. In Paris mochte man an den weltpolitischen Spekulationen Gérards jedoch keinen Gefallen finden und hielt sich lieber an Näherliegendes: „je vous saurai gré de persévérer dans vos efforts pour assurer à notre commerce & à notre industrie les avantages que nos traités avec la Chine nous donnent le droit d'espérer“, antwortete Hanotaux.¹⁸

¹⁵ Berthelot an Gérard, 19.2.1896, MAE CP Chine 93; Gérard an Hanotaux, 24.7.1895, 20.8.1895, MAE CP Chine 91; O'Connor an Salisbury, 25.9.1895, FO 17/1239.

¹⁶ Brötel, *Frankreich*, S. 457 ff.; Lee, *France*, S. 148 ff.; Gérard an Hanotaux, 9.10.95; Gérard an Berthelot, 3.11.1895, 7.11.1895, MAE CP Chine 92.

¹⁷ Dies und das folgende in Gérard an Berthelot, 26.11.1895, MAE CP Chine 92.

¹⁸ Berthelot an Gérard, 15.1.1896, MAE CP Chine 93 (Zitat). Zu Gérards Furcht vor der „industriellen Gelben Gefahr“ Gérard an Hanotaux, 29.10.1895, MAE CP Chine 92. S.a. Brötel, *Frankreich*, S. 373 sowie unten Kap. IV, Anm. 45.

Doch auch Gérard verlor über der Weltpolitik die unmittelbaren Anliegen der französischen Industrie keineswegs aus den Augen. Von diesem Standpunkt aus waren die Modernisierungsbemühungen Chinas in drei Bereichen von besonderem Interesse: dem Aufbau moderner Land- und Seestreitkräfte, dem Bau von Eisenbahnen, und der Ausbeutung von Bergwerken. Was den militärischen Teil dieses Programms anging, so erwartete der Gesandte zunächst keine größeren Anschaffungen. Im Eisenbahnbau und Bergbau dagegen gebe es durchaus Geschäftsmöglichkeiten. Angesichts der Tatsache, daß China auch jetzt noch nicht jede Forderung bereitwillig erfüllte, riet Gérard zu Kompromißbereitschaft: Da Frankreich sich nach der Handelskonvention zwar in einer privilegierten Situation befinde, aber keinesfalls exklusive Privilegien genieße, müßten französische Industrielle akzeptieren, daß China selbst die Kontrolle über seine Bahnen und Bergwerke behalten wolle und auf die chinesischen Vorschläge eingehen: „L'industrie étrangère, pour y participer, devra se soumettre à ce régime, la construction et l'exploitation restant au compte de la Chine.“¹⁹ Gleichzeitig müsse Frankreich sich darum bemühen, China zur Anstellung französischer Beamter und Ingenieure zu bewegen, denn bislang arbeiteten nur Briten und Deutsche als Militärinstrukteure, Eisenbahningenieure und Zollbeamte in chinesischen Diensten: „l'influence de chacune des Puissances, la part de chacune dans l'œuvre de réforme que la Chine doit nécessairement entreprendre, est singulièrement accrue par le nombre de ses nationaux appelés à travailler à cette œuvre.“ Ziel dieser von Gérard als „politique des protectorats“ bezeichneten Strategie sollte sein „de profiter dans l'initiation de la Chine à la civilisation matérielle de l'Occident.“ Da China nicht gezwungen werden konnte, Industriegüter in Frankreich zu bestellen, sollte also sein Mangel an technisch gebildetem Personal ausgenutzt werden, um Franzosen in die Stellungen zu bringen, in denen über die Vergabe von Aufträgen entschieden wurde.²⁰ Zunächst mußte Gérard allerdings weiterhin um den Vertrag für Fives-Lille kämpfen, der den hier gemachten Vorschlägen in jedem Punkt zuwiderlief.

Französische Diplomaten in Paris wie in Peking mußten also rasch erkennen, daß sich von der verbesserten politischen Stellung Frankreichs und dem Neuanfang der chinesischen Modernisierungsbewegung nicht so leicht profitieren ließ wie man es erwartet hatte. Daran änderte auch die Unterzeichnung des Vertrages über den Bau der Bahnlinie Langson-Longzhou im Juni nichts. Fives-Lille mußte sich hier damit begnügen, die Linie im Auftrag und für das Konto Chinas zu bauen und zu betreiben. Dennoch war Gérard nun höchst erfreut über diesen ersten Erfolg der seit über einem Jahr währenden französischen Bemühungen, mit dem Frankreich immerhin allen anderen Mächten zuvorgekommen war:

„La signature ... du contrat relatif au chemin de fer de Long-tcheou est une date dans l'histoire de l'ouverture de la Chine, une date exclusivement française ... le premier chemin de fer obtenu par traité, le premier chemin de fer diplomatique, si j'ose dire, est celui dont nous avons obtenu la concession“.²¹

¹⁹ Gérard an Berthelot, 23.1.1896, MAE NS Chine 411.

²⁰ Gérard an Berthelot, 18.3.1896, MAE CP Chine 93.

²¹ Gérard an Hanotaux, 9.6.1896, 18.6.1896, MAE CP Chine 93; Brötel, *Frankreich*, S. 461 ff.

Damit war für Gérard die Möglichkeit gegeben, Longzhou zu einem der „principaux centres de l'influence française dans le sud de la Chine“ zu machen; Longzhou „sera ... comme une ville française“. Vorerst stand die 70km lange Linie jedoch bloß auf dem Papier; auch endete sie, wie Hanotaux skeptisch bemerkte, in einer „région peu riche et peu peuplée où notre commerce & notre industrie trouveraient difficilement à s'exercer dans des conditions rémunératrices“; Longzhou sei keineswegs das „centre définitif d'action et d'exportation“, nach dem man suche.²² Erst jetzt stellte sich also die grundsätzliche Frage nach den französischen Zielen im Süden Chinas. Die französische Expansion in dieser Region hatte stets darauf abgezielt, einen eigenen Zugang zum chinesischen Markt zu gewinnen und dem britischen Handel in den bislang noch schwer zugänglichen Provinzen Yunnan und Sichuan zuvorzukommen. Zu diesem Zweck strebte man eine Verlängerung der jetzt gewonnenen Bahnlinie entweder nach Kunming (Yunnanfu) oder über Nanning bis an den Yangzi (Yangtse) an. Seit jedoch die Briten China aufgefordert hatte, den Xi Jiang (Westfluß), der von Nanning kommend bei Guangzhou (Canton) ins Meer mündet, dem europäischen Handel zu öffnen, bestand die Gefahr, daß nicht nur der englische dem französischen Handel in Nanning zuvorkommen könnte, sondern daß ganz Südchina bis hin zur indochinesischen Grenze zumindest kommerziell in den Einflußbereich Hongkongs fiel – insbesondere wenn Frankreich eine direkte Verbindung der bislang unzugänglichen Landstriche mit Nanning herstellte. Diese Erkenntnisse verminderten den französischen Enthusiasmus für die „ouverture de la Chine“ ganz erheblich, und Gérard wurde es von nun an zur Aufgabe gemacht, periodisch gegen eine mögliche Öffnung des Xi Jiang in schärfster Form zu protestieren. Im Pariser Außen- und Kolonialministerium entschloß man sich, zunächst einmal eine genaue Erkundung der in Frage kommenden Landstriche vorzunehmen.²³

Frankreich hatte also nach einigen Schwierigkeiten die geforderte Eisenbahnkonzession in Verhandlungen mit China errungen, wenn auch nicht ganz zu den gewünschten Bedingungen. Sobald es jedoch darum ging, in welcher Weise man auch über den Bau einer kleinen Nebenstrecke hinaus von der „initiation de la Chine à la civilisation matérielle de l'Occident“ profitieren konnte, ließen sich weder die Tätigkeit der Rivalen Frankreichs noch die ökonomischen und politischen Bedingungen, unter denen die Modernisierung Chinas vonstatten gehen sollte, länger ignorieren. Insofern verrät Frankreichs Streben nach „privilèges indéterminés“ auch seine Unschlüssigkeit über die Ziele, die es in China verfolgen sollte.²⁴

Ein charakteristisches Beispiel für das Vorgehen Frankreichs in diesen Jahren ist die Reorganisation des Marinearsenals in Fuzhou durch französische Ingenieure. Schon Ende 1895 hatten sich Vertreter der deutschen und französischen Industrie in Fuzhou umgesehen, in der Erwartung, daß China die Einrichtung nach der Zerstörung seiner Flotte durch die Japaner zum Aufbau einer neuen Marinestreitmacht benötigen würde. In der Tat hatte die chinesische Regierung solche

²² Gérard an Hanotaux, 30.6.1896, MAE CP Chine 95; Hanotaux an Gérard, 10.9.1896, MAE CP Chine 96. S.a. Brötel, *Frankreich*, S. 462 ff.

²³ Lee, *France*, S. 153-163.

²⁴ Lee, *France*, S. 186.

Überlegungen angestellt, während Gérard aufmerksam darüber gewacht hatte, daß keine andere Macht als Frankreich hier zum Zuge kam. Anfang Juli 1896 fiel dann die Entscheidung, die Direktion des Arsenal auszu-tauschen und die technische Leitung europäischen Experten zu übertragen. Aufgrund der Bemühungen Gérards und Hanotaux' erklärte China tatsächlich seine Bereitschaft, mit dem französischen Konsulat in Fuzhou und mit französischen Marineoffizieren in Verhandlungen einzutreten, worüber sich Hanotaux höchst befriedigt zeigte; „il eût été regrettable de voir passer entre les mains de nos rivaux une œuvre créée par le Génie français et qui peut contribuer efficacement à maintenir notre influence en Extrême Orient et à y créer des débouchés pour notre industrie.“²⁵

Mit der Übertragung der Leitung des Arsenal an Ingenieure der französischen Kriegsmarine verfügte Frankreichs Expansion über eine neue „Speerspitze“ (Brötel), die neben dem Einfluß auf den Wiederaufbau der chinesischen Marine auch weitreichende industrielle Möglichkeiten zu bieten schien. Die Regierung der Provinz Fujian hatte erbeten, daß im Arsenal ein Spezialist für Metallurgie beschäftigt würde, der die Bodenschätze der Umgebung untersuchen sollte, und Gérard sah hier den entscheidenden Durchbruch zur Modernisierung der chinesischen Flotte und einer ganzen Provinz zum exklusiven Nutzen Frankreichs:

„de riches Chinois de Fou-tcheou n'attendent que le moment favorable pour consacrer à l'exploitation de mines leurs capitaux inactifs ... il n'est pas douteux que l'ingénieur métallurgiste de l'arsenal ... aura à étudier de nombreuses entreprises minières dont la direction sera, tout naturellement, dévolue à nos compatriotes. Une sorte de privilège sera ainsi conféré à l'industrie française pour l'exploitation des richesses minières du Fou-Kien en même temps qu'un autre privilège serait acquis à notre industrie navale pour la construction des bâtiments de la flotte chinoise.“²⁶

Diese rosige Einschätzung wurde allerdings nicht überall geteilt. E. Rocher, der französische Konsul in Liverpool, der lange Zeit in China die Tätigkeit eines Konsuls mit einträglichen privaten Geschäften zu verbinden gewußt hatte, glaubte nicht an die Möglichkeit, den Bergbau in Fujian zu entwickeln und beurteilte auch die Erfolgsaussichten der französischen Marineingenieure skeptisch: nur ein „homme rompu aux affaires asiatiques“ mit Erfahrungen als Ingenieur in der Industrie könne das Arsenal zum Erfolg führen. Auch in der britischen Gesandtschaft hielt man die Entwicklungsaussichten des Arsenal für sehr begrenzt.²⁷

In der Tat stellten sich schon bald Probleme ein. Bereits Ende März 1897 waren die französischen Ingenieure in Fuzhou eingetroffen, hatten jedoch feststellen müssen, daß die begrenzten Finanzmittel des Arsenal nur den Bau dreier kleiner Schiffe und kaum Bestellungen in Europa zuließen. In der Folgezeit bemühten sich Chefingenieur Doyère und die Gesandtschaft verzweifelt, zusätzliche Geld-

²⁵ Aufz. Hanotaux, 22.7.1896, MAE CP Chine 95; Frandon an Berthelot, 22.11.1895, MAE NS Chine 631; Gérard an Berthelot, 4.12.1895, MAE CP Chine 92; 17.3.1896, MAE CP Chine 93; Gérard an Hanotaux, 8.7.1896, MAE CP Chine 95; de Bezaure an Hanotaux, 3.8.1896, MAE NS Chine 631; Hanotaux an Marineministerium, 30.7.1896, MAE NS Chine 631.

²⁶ Gérard an Hanotaux, 28.10.1896, MAE CP Chine 96.

²⁷ Aufz. Rocher, 4.12.1896, MAE NS Chine 631; MacDonald an Salisbury, 16.2.1897, FO 17/1311; 9.8.1897, FO 17/1312.

mittel aufzutreiben, um die ehrgeizigen Bergbau- und Flottenpläne der französischen Ingenieure zu verwirklichen. Geschäftsträger Dubail riet Doyère, sich in Paris an die Banken zu wenden, wofür Hanotaux seine Unterstützung zusagte. In erster Linie mußte allerdings die chinesische Regierung davon überzeugt werden, für die Reorganisation ihrer Marine bedeutende Finanzmittel bereitzustellen, sei es aus dem laufenden Budget oder mittels Kreditaufnahme – ein Unterfangen, an dem auch schon die britische Gesandtschaft verzweifelt war.²⁸ So erwies es sich rasch als nachteilig, daß man vor der Entsendung der französischen Ingenieure keinerlei Abmachung über ihre Aufgaben und die ihnen zur Verfügung stehenden Finanzmittel hatte treffen wollen, ganz offensichtlich in der Hoffnung, auf diese Weise „par agglutination“ nicht nur die Neuausrüstung der gesamten chinesischen Flotte, sondern auch die zukünftige Bergbauindustrie Fujians in die Hand zu bekommen. Allerdings hatte China die französischen Ingenieure ohnehin nur unter der Bedingung verpflichtet, daß sie sich auf die technische Leitung beschränkten, Verwaltung und Budget aber fest in chinesischer Hand blieben.

Auch hier offenbart sich eine strukturelle Schwäche des französischen Strebens nach „*privilèges indéterminés*“ – diese Politik bekümmerte sich kaum um die Interessen und Ziele der Hauptbeteiligten, d.h. Chinas und der französischen Wirtschaft. Das Arsenal in Fuzhou beispielsweise versuchte man den Chinesen mit dem Argument schmackhaft zu machen, sie könnten dort Schiffe selbst bauen, statt sie für teures Geld und in knapper Goldwährung in Großbritannien oder Deutschland zu kaufen. Den französischen Ingenieuren dagegen machte man klar, daß sie möglichst viele Lieferungsaufträge nach Frankreich vergeben sollten, und in der Tat bestellten sie eine Reihe von Materialien bei französischen Firmen, die durchaus im Arsenal selbst hätten gefertigt werden können. Währenddessen hatten die Diplomaten sich weitgehend den chinesischen Vorstellungen bezüglich der Organisation und Leitung des Arsensals anschließen müssen, um die Ingenieure überhaupt in die erhoffte Schlüsselposition bringen zu können. Sich zu diesen Bedingungen – „*sous le contrôle des mandarins*“ – in China zu engagieren, waren aber wiederum Banken und Industrie nur selten bereit. In Paris wurde man ob des Ausbleibens konkreter Ergebnisse der verschiedenen Verträge und Abmachungen mit China schon bald ungeduldig. Bompard verlangte ein „*engagement définitif*“, doch die Anleihe, mit deren Hilfe er konkrete Konzessionen erringen wollte, kam wiederum wegen des Bestehens der Banken auf weitreichenden Kontrollrechten nicht zustande.²⁹ Die von Frankreich bis 1897 erzielten Erfolge standen also zum größten Teil auf dem Papier. Ihre Umsetzung in industrielle Lieferungen oder Anleihen scheiterte an der Zurückhaltung der Banken und der Industrie, aber auch daran, daß Frankreich sich bemühte, seine Ziele mit nichtmilitärischen Druckmitteln zu erreichen.

²⁸ Doyère an Hanotaux, 11.5.1897; Bezaure an Hanotaux, 7.5.1897; Dubail an Hanotaux, 28.8.97; Hanotaux an Dubail, 22.10.1897; Gérard an Hanotaux, 10.12.1897, MAE NS Chine 631.

²⁹ Gérard an Hanotaux, 7.6.1897, MAE NS Chine 418; Aufz. Bompard, 20.8.1897, MAE NS Chine 192; Brötel, *Frankreich*, u.a. S. 433; Lee, *France*, S. 70 ff.; Ziebur, *Hochimperialismus*.

b) Deutschland: Modernisierung und Machtpolitik

In Berlin war man mit den im Anschluß an die Tripelintervention erzielten Ergebnissen ganz und gar nicht zufrieden. China hatte zwar im Krieg überzeugend die Überlegenheit moderner Waffen und einer modernen Militärorganisation vor Augen geführt bekommen, doch die daran sich knüpfenden deutschen Hoffnungen auf eine erneute Ausweitung der Rüstungsexporte nach China hatten sich nicht erfüllt. Die von Zhang Zhidong – ohne Einschaltung offizieller deutscher Stellen – als Militärinstrukteure engagierten ehemaligen deutschen Offiziere und Unteroffiziere sahen sich unter Zhangs Nachfolger in Nanjing, Liu Kunyi, in ihrem Einfluß stark eingeschränkt.³⁰ Überdies provozierten sie durch ihr Verhalten wiederholt Zwischenfälle mit der chinesischen Bevölkerung und mit den auszubildenden Truppen, so daß einmal sogar ein deutsches Kanonenboot nach Nanjing geschickt werden mußte. Generalkonsul Stuebel bat die Instrukteure „im Interesse des Fortganges der Armee-Reform“ um Umsicht und Zurückhaltung, konnte ihnen jedoch keine Weisungen erteilen, da sie sich als Privatleute in chinesische Dienste begeben hatten. Für die amtlichen deutschen Stellen in China war all dies Anlaß, energisch eine Neuordnung des Instruktorswesens zu fordern, ohne die an eine erfolgreiche, deutsch geleitete Reform der chinesischen Armee nicht zu denken sei. Die jetzigen Zustände böten nicht nur wenig Aussicht auf Erfolg, sondern drohten auch, alle weiteren deutschen Anstrengungen auf diesem Gebiet von vornherein zu diskreditieren, schrieb beispielsweise Admiral Tirpitz.³¹

Aus diesen Gründen strebte man die Bildung einer umfangreichen Militärmision an, die Ausbildung, Bewaffnung und Verwaltung der chinesischen Truppen nach einem für ganz China einheitlichen Plan neu organisieren sollte. Von der preußischen Armee ausgewählte Instrukteure sollten unter der Leitung eines höheren aktiven deutschen Offiziers stehen und Kommandogewalt über die chinesischen Truppen besitzen. In Berlin waren auch bereits Kontakte zwischen dem Auswärtigen Amt und der chinesischen Gesandtschaft geknüpft worden. Diese war jedoch nicht bereit, deutschen Instrukteuren Kommandogewalt und Einfluß auf die Militärverwaltung einzuräumen. Ohnehin stand den deutschen Hoffnungen auf Einfluß und Profit im Rüstungsbereich nicht nur die ablehnende Haltung chinesischer Militärs und Beamter entgegen, sondern vor allem die Leere der chinesischen Kassen – seit die Kriegsentschädigung an Japan zu bezahlen war, war das zuvor so profitable und vielversprechende Rüstungsgeschäft mit China gänzlich zusammengebrochen.³² Ähnliche Enttäuschungen hatten deutsche Firmen und Diplomaten in ihrem Bemühen um Eisenbahnkonzessionen erleben müssen, da China am Bahnbau mit rein chinesischem Kapital festhalten wollte.

Aussichten auf eine baldige Änderung dieser Lage schienen kaum zu bestehen:

„An wirklich durchgreifende Reformen denkt in Peking kein Mensch; man wird Münzanstalten, Reichspost, Eisenbahnen (in sehr beschränktem Maße) schaffen,

³⁰ Ratenhof, *Chinapolitik*, S. 141 f.

³¹ Stuebel an Hohenlohe, 12.6.1896, AA China 1/39; Bericht des Kommandanten SMS *Prinzeß Wilhelm*, 26.6.1896; Bericht Tirpitz, 6.7.1896; Prittwitz an Hohenlohe, 5.7.1896, AA China 1/40.

³² Ratenhof, *Chinapolitik*, S. 142, 144 ff.

weil man sich dadurch neue Einnahmequellen zu sichern hofft, aber mit der Reorganisation der Armee oder der Verwaltung ... beschäftigt sich niemand“,

schrrieb Brandt. Nur die „Geldnoth“ würde „im Laufe der Jahre die chinesische Regierung zu Maßnahmen zwingen, die die Produktions- und Kaufkraft des Landes erhöhen“. Auch der Gesandte Heyking stellte fest: „Es ist alles in den Schlaf zurückgesunken, nachdem das durch das Kriegsglück zeitweise angeregte Gefühl, das (*sic*) etwas geschehen müsse, vergessen worden ist.“³³

Der Besuch von Chinas *elder statesman* Li Hongzhang in Berlin im Sommer 1898 bot somit eine willkommene Gelegenheit, moralische Entrüstung darüber kundzutun, daß Deutschland als einzige der Interventionsmächte bisher noch keinen materiellen Beweis der chinesischen Dankbarkeit erhalten habe. Lis Forderung nach einer Revision des Handelsvertrags (d.h., höheren Zöllen) stellte man die Forderungen nach Abtretung eines Marinestützpunkts, nach der Entsendung der Militärmission und nach Eisenbahnkonzessionen entgegen. Darüber hinaus äußerte man die Erwartung, die auch in der Presse schon vielfach zum Ausdruck gekommen war, Li werde seinen Besuch nutzen, um bedeutende Bestellungen bei deutschen Rüstungsfirmen und Werften in Auftrag zu geben. Li stattete zwar mehreren solcher Werke Besuche ab, war jedoch weder gewillt noch bevollmächtigt, große Summen auszugeben. Die Abtretung eines Stützpunktes lehnte er mit der Begründung ab, in einem solchen Falle würden alle anderen Mächte ähnliche Forderungen geltend machen.³⁴

Damit hatten sich die deutschen Hoffnungen auf das große Geschäft durch Beteiligung an der Modernisierung der chinesischen Armee und Infrastruktur erneut zerschlagen. Auch der neue Gesandte in Peking, v. Heyking, berichtete, China sehe keine Möglichkeit, die Geldmittel für die Modernisierung des Landes aufzubringen – die Anspielung auf Deutschlands Widerstand gegen eine Zollerhöhung entging Heyking – und lehne es ab, Deutschland am Bau der inzwischen projektierten Bahnlinie von Peking nach Hankou zu beteiligen. Heyking schloß, er habe bislang in Peking nicht „die leiseste Neigung, auf unsere Interessen Rücksicht zu nehmen, finden können.“ Dies bestärkte den Gesandten in dem Urteil, das er sich schon bei seinem allerersten Besuch im Zongli Yamen gebildet hatte: „Die drohende Gewalt ist das einzige Argument, was diesen Barbaren gegenüber verwendbar ist“. Auch Wilhelm II. kommentierte: „Hier hilft nur Gewalt“.³⁵ Von nun an stand die Stützpunktfrage im Mittelpunkt der deutschen Chinapolitik.

Dementsprechend ablehnend verhielt sich das Auswärtige Amt, als der deutsche Berater Li Hongzhangs, Gustav Detring, einen Vorschlag zur Reorganisation des chinesischen Eisenbahnwesens vorlegte, der auch Deutschland maßgeblichen Einfluß einräumen sollte. Danach sollte China zum Bau und Betrieb seiner Eisenbahnen einen dem Seezolldienst nachgebildeten Verwaltungszweig, also eine chinesische Behörde mit größtenteils europäischem Personal, aufbauen. Auf diese Weise behalte China die Kontrolle über seine Bahnen, während das europäi-

³³ Brandt an Holstein, 22.4.1896, AA China 1/39; Heyking an Hohenlohe, 14.10.1896, AA China 1/41.

³⁴ Kuo Heng-yü, Li Hongzhangs Besuch in Berlin 1896 – Ziele, Erwartungen, Ergebnisse, in: ders. (Hg.), *Berlin und China. Dreihundert Jahre wechselvolle Beziehungen*, Berlin 1987, S. 71-79.

³⁵ Heyking an Hohenlohe, 19.8.1896, AA China 9 no.2/5; 10.11.1896, AA China 4/2.

sche Personal eine Garantie für die ordnungsgemäße Verwendung des geliehenen Kapitals biete. Detring, der sich wohl selber in der Rolle des Generalinspektors der chinesischen Eisenbahnen sah, schlug vor, daß zunächst in Großbritannien und in Deutschland Kapital und Personal gesucht werden sollten. Er argumentierte, trotz der seit 1895 veränderten Verhältnisse hätten beide Mächte weiterhin ein Interesse, eine starke Pekinger Regierung zu erhalten, mit der sich bei der Entwicklung von Industrie, Handel und Eisenbahnen zusammenarbeiten ließe. Vom Auswärtigen Amt verlangte Detring die Unterstützung seiner Eisenbahnpläne und der Militärreformen sowie die Zustimmung zu der von China verlangten Zollerhöhung.³⁶

Bestärkt durch das Urteil Heykings, der Detrings Vorschläge als „kindliche Illusionen“ ohne jeglichen „Sinn für die Wirklichkeit der Thatsachen“ abtat, wies das Auswärtige Amt Detring ab. Heyking kritisierte insbesondere, daß die von Detring vorgeschlagene Organisation nach dem Muster der Seezollbehörde Deutschland keinen privilegierten Einfluß verschaffen würde. Ohnehin lasse sich eine effektiv deutsch kontrollierte Behörde, mit der „wir beim Eisenbahnbau eine monopolartig begünstigte Stellung erlangten“, nicht gegen den zu erwartenden Widerstand Pekings und der anderen Mächte durchsetzen. Überhaupt sollten militärische Machtmittel, nicht Beamte und Ingenieure Deutschland einen Anteil an der industriellen und militärischen Neuausrüstung Chinas sichern – schon das Beispiel des Arsenal in Fuzhou zeige, „daß andere Mächte, die durch Territorialbesitz eine direkte Pression auf China auszuüben in der Lage sind, bessere Aussichten als wir besitzen sich den Löwenanteil an solchen etwaigen Neuanschaffungen zu sichern.“ Heyking schrieb, es sei Detrings Auffassung, „daß Deutschland aus Gründen, die mir leider nicht verständlich waren, ein dringendes Interesse daran habe, den chinesischen Staat zu kräftigen und den Kredit Chinas ... zu heben.“ Darin lag die tiefere Ursache für das negative Urteil des deutschen Gesandten: für ihn war China nicht mehr zu regenerieren, „ein hoffnungsloses Land und nur gut als Beute für den, der es nehmen will“.³⁷

Die deutsche Entscheidung, dem Erwerb eines Stützpunktes Vorrang vor anderen Fragen zu geben, spiegelt neben einem Initiativverlust des Auswärtigen Amtes gegenüber der Marine auch ganz offensichtlich die Enttäuschung über das Ausbleiben der Modernisierung von Militär und Infrastruktur in China wider, an der teilzuhaben man gehofft hatte. China galt den deutschen Diplomaten nun als zur Modernisierung aus eigener Kraft weder fähig noch gewillt. Der Erschließung neuer Export- und Einflußmöglichkeiten standen für sie vor allem die „ideenlose Unentschlossenheit und de[r] Starrsinn verstockten Chinesenthums“ im Wege, das „nicht die Entschlußkraft und das Einsehen findet, seine Reichthumsquellen zu entwickeln oder von anderen entwickeln zu lassen.“ Deshalb versuchte man nun, sich wie Frankreich, Großbritannien und Rußland eine Aktionsbasis zu

³⁶ Detring an Marschall, 12.10.1896, AA China 7/2; Vera Schmidt, *Aufgabe und Einfluß der europäischen Berater in China: Gustav Detring (1842-1913) im Dienste Li Hung-changs*, Wiesbaden 1984, S. 76 ff., wo auch Detrings Memorandum abgedruckt ist (S. 114 ff.).

³⁷ Heyking an Hohenlohe, 12.1.1897, AA China 7/2 (auch bei Schmidt, *Aufgabe und Einfluß*, S. 120 ff.); 17.2.1897, AA China 4/3; 14.10.1896, AA China 1/41.

schaffen, von der aus „diejenige Macht, die im Horizonte [von Chinas] Küsten aus den Geschützen unserer Kriegsschiffe spricht“, zum Tragen gebracht werden konnte.³⁸ Der Besitz einer solchen Machtbasis würde es Deutschland erlauben, auch im Hinterland eine beherrschende Rolle zu spielen und eine bevorzugte Beteiligung an Eisenbahn- und Bergbauunternehmungen zu erreichen. Der geplante Stützpunkt sollte also unter anderem dazu dienen, deutsche Pläne zur wirtschaftlichen Erschließung und Modernisierung Chinas machtpolitisch abzustützen. Ähnlich wie bei der Politik Frankreichs im Süden trat neben die Hoffnung auf den unmittelbaren Verdienst durch große Infrastrukturprojekte das Bestreben, sich eine eigene „Eingangspforte“³⁹ zum chinesischen Markt zu schaffen.

Das Deutsche Reich war, anders als Frankreich, nicht bereit, sich mit ausbaufähigen „privilèges indéterminés“ zu begnügen: Chinas Militärreformen wollte man nur unterstützen, wenn ein deutscher Offizier das Kommando führen und über Verwaltung und Materialbeschaffung bestimmen konnte; Dettrings Eisenbahnplan lehnte man ab, da dieser keine Aussicht auf eine „monopolartig begünstigte Stellung“ eröffnete. Mit der Forderung nach einem Marinestützpunkt, den China, wie man wußte, Deutschland nicht freiwillig übertragen würde, wählte man folgerichtig einen Weg, der der nicht immer zielgerichteten, aber stets subtilen Diplomatie Gérards und Hanotaux' diametral entgegengesetzt war.

c) Großbritannien: Modernisierung und Handel

So wie für Frankreich die Schaffung industrieller Exportmöglichkeiten und für Deutschland (rüstungs-) industrielle Exporte und die Frage des Stützpunktes im Mittelpunkt standen, konzentrierte sich Großbritannien auf handelspolitische Zielsetzungen. In London hatte man den Verfall der britischen Position in Peking zunächst genauso mit Sorge gesehen wie das Ausbleiben energischer Modernisierungsanstrengungen seitens der dortigen Regierung. Die mit starker Unterstützung des Foreign Office zustande gekommene deutsch-britische Anleihe von 1896 zeigte jedoch, daß China sich keineswegs in die Arme Frankreichs und Rußlands zu werfen gedachte. Seitdem hielten Regierung und Kaufleute an den auch schon vor 1895 vertretenen Positionen fest: die Chinakaufleute forderten weiterhin die Öffnung neuer Wasserwege (insbesondere, mit Spitze gegen Frankreich, des Xi Jiang) und administrative Reformen unter britischer Anleitung.⁴⁰ In London sah man, anders als in Berlin, ein Interesse daran, eine handlungsfähige Zentralregierung zu erhalten, die die für das Florieren des Handels nötige Sicherheit im Lande garantieren konnte. Exklusive Vorteile würden angesichts der momentanen Machtverhältnisse ohnehin eher an Frankreich und Rußland denn an Großbritannien fallen, weshalb man chinesischen Widerstand gegen die Forderungen anderer Mächte nicht ungern sah. In London setzte man daher auf Unterstützung für die Pekingener Regierung – MacDonald forderte: „these Chinamen ... must be stiffened up to the point of refusing to make fools of themselves.“ Dennoch schätzte er die Aussichten dieses Unterfangens und der chinesischen Regeneration im allgemeinen skeptisch ein: „Now they have forgot-

³⁸ Heyking an Hohenlohe, 19.8.1896, 22.8.1896, AA China 9 no. 2/5; 7.5.1897, AA China 4/3.

³⁹ Siehe Ferdinand v. Richthofen, *Schantung und seine Eingangspforte Kiautschou*, Berlin 1898.

⁴⁰ Pelcovits, *Old China Hands*, S. 178 ff., 191.